

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Sonderheft in Kooperation mit
der Volkshilfe Österreich

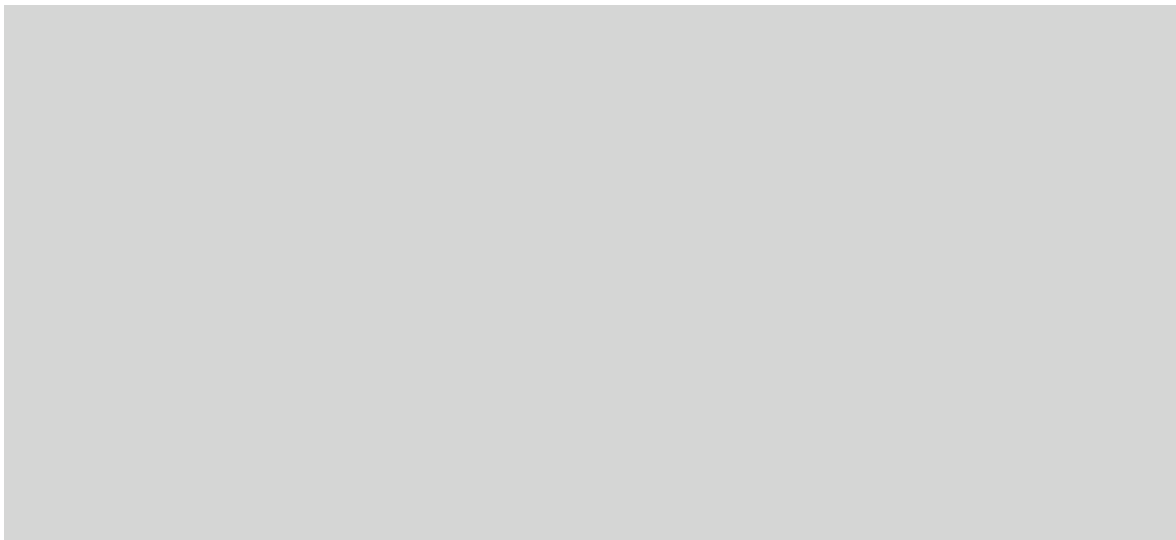
SAVE OUR SOCIAL EUROPE

AKTUELLES

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

SOS Europe – Begrüßung und Einführung	
Wohnungspolitik in Europa	4
Wohnungslosigkeit: Mythen und Stigmatisierungsprozesse	8
Die Zukunft liegt in der Kooperation	12
Mobile Wohnbetreuung und Delogierungsprävention	16
Armut und Obdachlosigkeit in Japan	19
“Hartz IV” als Ausdruck neoliberaler Wohnungspolitik	21
Obdachlosenhilfe in Berlin	25
Gender Housing	27
Gemeinnütziger Wohnbau als Garant für sozialen Frieden	31
Buchtipps	33
Veranstaltungen	35



Bedeutung der sozialen Dimension Europas

Videobotschaft von Bundespräsident Heinz Fischer

Die Volkshilfe Österreich hat zu einer Konferenz mit dem Titel „Save Our Social Europe“ eingeladen. Aufgrund anderer Termine, die ich schon lange vereinbart habe, ist es mir leider nicht möglich, persönlich an diesen Beratungen teilzunehmen.

Umso mehr ist es mir ein wirkliches Bedürfnis, der Volkshilfe und Ihnen allen, die sich an dieser Konferenz beteiligen, ein Wort des Dankes, der Anerkennung und der Aufmunterung zu sagen. Ich glaube, dass das ein wirklich ganz zentrales Thema ist. Ich habe auch versucht, in meiner Neujahrsbotschaft an die österreichische Bevölkerung am 1. Jänner 2006 zum Ausdruck zu bringen und auszusprechen, dass wir der sozialen Dimension Europas größtmögliche Bedeutung zumessen müssen. Nicht nur weil für mich soziale Gerechtigkeit ein Wert an sich ist, ebenso wie Chancengleichheit und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, sondern auch, weil die Akzeptanz des eu-

ropäischen Projektes in beträchtlichem Ausmaß auch davon abhängt, ob es uns gelingt, die soziale Dimension Europas in entsprechender Weise zu fördern und zu unterstreichen. Ob es uns gelingt, Schluss zu machen damit, dass rund 20 Millionen Menschen in Europa arbeiten wollen, aber nicht arbeiten können. Weil sie so das Vertrauen in Europa verlieren ebenso wie das Vertrauen in die Problemlösungskapazität von Regierungen, Parlamenten oder Behörden. So entsteht bei den Menschen eine Stimmung, die für den europäischen Gedanken schädlich ist.

Ich glaube daher, dass die Volkshilfe, die - wovon ich mich immer wieder überzeugen konnte - auf vielen Gebieten sehr verdienstvoll tätig ist, Recht hat und auch hier verdienstvoll handelt, wenn sie sich diesem Thema widmet. Und ich möchte als Bundespräsident moralische Unterstützung dafür geben. Allen unseren karitativen Organisation, allen sozial gesinnten Menschen, allen die erkennen, wie wichtig die soziale Dimension unserer Gesellschaft ist, möchte ich ein Wort des Dankes und ein Wort der Ermunterung sagen. Ihren Beratungen wünsche ich den allerbesten Erfolg.

Heinz Fischer

Solidarität darf nicht an territorialen Grenzen halt machen

Videobotschaft von UNO-Sonderberichterstatter Jean Ziegler

Der Wiener Kongress „Save Our Social Europe“ für ein soziales, solidarisches, gerechtes Europa kommt zu einem ganz wichtigen, zentralen Zeitpunkt. Die gemeinsame Europäische Verfassung, die von den Konzernen und ihren Interessen mitdiktiert worden ist, ist vom französischen und niederländischen Volk abgelehnt worden und wäre wohl auch von allen anderen Völkern Europas, inklusive Österreich und Deutschland, abgelehnt worden, wenn sie diesen Völkern in einem Referendum vorgelegt worden wäre. Heute bemühen sich die sozialen Bewegungen in Europa, von unten einen den Nationen und ihren Interessen, besonders aber den Menschen und deren Interessen gerechten neuen Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Es ist evident, dass es ohne soziale Gerechtigkeit kein demokratisches Europa geben kann. Bertolt Brecht hat gesagt, ein Wahlzettel macht den Hungrigen nicht satt. Ohne die Sicherung der sozialen, ökonomi-

schon und kulturellen Menschenrechte kann die Demokratie in Europa nicht überleben.

Ich möchte noch ein Zweites sagen: Solidarität ist ein Begriff, der nicht halt machen kann an territorialen Grenzen. Entweder ist er universal oder es gibt ihn nicht. Deshalb muss dieses Europa, das aus der Bewegung der sozialen Nichtregierungsorganisationen wie Gewerkschaften usw. als Ergebnis ihres Kongresses hervorgehen soll, dieses soziale, solidarische, sozial gerechte Europa, auch solidarische Bindungen finden mit den Völkern der Dritten Welt. Wir sind 6,2 Milliarden Menschen auf dieser Welt. 4,8 Milliarden leben in einem der 122 so genannten Entwicklungsländer der südlichen Hemisphäre. Nur dass die meisten dieser 4,8 Milliarden Menschen der Dritten Welt nicht wie Menschen leben können. Hunderttausend Menschen sterben täglich an Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren! Und das auf einem Planeten, der vor Reichtum überquillt. Ganz konkret kann, muss das Europa, das sozial und solidarisch gerecht aufgebaut werden wird, mit der neuen Verfassung, die die sozialen Bewegungen erarbeiten werden, ganz sicher zwei Sachen unbedingt und sofort realisieren:

Die unglaubliche Auslandsverschuldung der 122 Entwicklungsländer von über 2.100 Milliarden Dollar abzubauen, weil die Schuldknechtschaft jede sozialökonomische Entwicklung sowie die dafür nötigen Investitionen verunmöglicht. Die Schuldknechtschaft erstickt die allermeisten Länder der Dritten Welt und deshalb müssen die Gläubigerbanken und Gläubigerländer Europas den Schuldenmoratorien, die von der Dritten Welt verlangt werden, zustimmen. Das können wir als demokratische Kraft verlangen!

Weiters verfolgt die EU ein mörderisches Dumping im Bereich der Agrarpolitik. 2005 haben die 25 EU-Länder zusammen mit den atlantischen Ländern über 349 Milliarden Dollar für Produkt- und Exportsubventionen für Landwirtschaftsgüter ausgegeben. Heute können sie auf dem Markt in Dakar und überall anders in Afrika europäisches Obst und Gemüse um 30

bis 50 Prozent billiger kaufen als afrikanische Landwirtschaftsprodukte. Das zerstört radikal die Landwirtschaften von 52 afrikanischen Ländern, 37 davon praktisch reine Agrarländer. Diese mörderische Dumpingpolitik der EU im Landwirtschaftsbereich muss beendet werden! Wenn heute in der Welthandelsorganisation die Verhandlungen für den neuen Agrarvertrag und die internationale Agrarkonventionen stattfinden, spielt der Außenhandelskommissar der EU, der in „unserem“ Namen spricht, eine ganz zentrale Rolle. Hier liegt es an uns, die europäische Verhandlungsposition dahingehend zu beeinflussen, dass auf diese Dumpingpolitik verzichtet wird.

Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen, glücklichen Kongress. Sein Erfolg ist wichtig für alle Nationen Europas.

Jean Ziegler

„Daß die Erfahrung des Einzelnen die Erfahrung aller Menschen wird ...“

Ich bin sehr froh, daß es Organisationen gibt, die ein gerechteres Europa anstreben, ein sozialeres und ein solidarischeres. Viele wollen das, und es soll sie möglichst wenig kosten. Ich glaube sogar, alle wollen das, und es soll sie möglichst wenig kosten. Aber ich würde mir auch wünschen, daß mehr Menschen nach den Möglichkeiten fragen, wie man das Sein der Menschen grundsätzlich verbessern könnte. Wenn man es verbessern muß, dann sollte man es auch können. Aber wer kann es? Um es zu können, müssen diese Möglichkeiten zur Verbesserung des Seins und seiner Verhältnisse überhaupt erst geboten werden. Das ist eine Einstellungssache. Das Sein selbst läßt sich nicht einstellen, es ist eine Realität, aber es muß sich auf vieles einstellen, auf viele Umstände, die es macht, und Umstände, denen es unterworfen wird. Und auf diese Umstände wieder muß sich das Sein einstellen, die Umstände muß es ständig fokussieren, um weiter ein Sein überhaupt bleiben zu dürfen. Das ist viel verlangt, vom Sein und von jedem Menschen. Nicht daß er ein Mensch ist, zählt, sondern daß er die Umstände seines Lebens immer überprüfen muß, abtasten wie ein Scanner, ob sie überhaupt noch lebenswert sind und was man unternehmen kann, damit sie es werden. Damit man wenigstens seine Existenz bewahren kann, und viele sagen ja: eine „solche“ (welche?) Existenz sei gar nicht bewahrens-

wert. Es ist aber jeder alles wert und sollte es allen wert sein. Und indem Organisationen oder Initiativen wie die Volkshilfe diese Utopie der besseren Realität für Menschen zu schaffen versuchen, kann sich irgendwann – ich weiß, das ist wieder eine Utopie – kann sich irgendwann einmal diese Intention der Gleichheit aller Menschen, die Selbstverständlichkeit, daß alle genug Mittel haben müssen, um ihr Leben zu erhalten und nicht nur zu fristen, nicht nur zu vegetieren, sondern es eben: zu leben, das Leben, egal, was der Einzelne darunter verstehen mag, kann sich dieses Intentionale der Gleichheit und Gerechtigkeit (oder wie man es nennen mag) im Bewußtsein der einzelnen Individuen verankern und damit eine Art neuen Bewußtseins initialisieren und einsetzen. Die Utopie, daß jeder leben darf und dafür genug Mittel zur Verfügung haben muß, kann dann in ihr Recht als Realität eingesetzt werden. Und unser Bewußtsein vom Menschen neu konstituieren. Indem wir alle dasselbe wollen: Daß sich die Individuen nicht nur als dem Schicksal, vor allem dem ökonomischen, unterworfen sehen, sondern es gestalten können als nicht bloße, zufällige Einheiten, Einzelne, Vereinzelte, also Verlorene, sondern als etwas Zusammenhängendes. Daß die Erfahrung des Einzelnen die Erfahrung aller Menschen wird und die Menschen in die Lage versetzt werden, sich selbst in jedem anderen zu sehen und die eigenen Erfahrungen zu den Erfahrungen aller und die Erfahrungen aller zu den eigenen zu machen.

*Elfriede Jelinek
Oktober 2005*

Für eine Union der sozialen Verantwortung

Erich Fenninger, Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe Österreich, präsentiert sieben Forderungen für ein soziales Europa.

32 Millionen Menschen in Europa suchen eine Arbeitsstelle, Europa hat damit einen traurigen Rekordstand an Arbeitslosen erreicht. Alle reden über Zahlen, aber vergegenwärtigen wir uns, dass hinter jeder Zahl ein Mensch, ein konkretes Schicksal steht.

Die Volkshilfe ist eine soziale Dienstleistungsorganisation und NGO, wir arbeiten mit den betroffenen Menschen. Wir wissen, was es für jemanden bedeutet, seine Arbeit zu verlieren – und keine neue zu finden. Die Menschen verlieren ihren Selbstwert, keine Arbeit bedeutet kein Einkommen und den Verlust des Lebensstandards.

Wir wissen, was es für Jugendliche bedeutet, keine Arbeit zu finden. Kinder und Jugendliche verbringen 15 und mehr Jahre in der Schule, wo ihnen erklärt wird, dass sie sich hier aufs Leben – auf die Berufswelt vorbereiten. Um dann festzustellen, dass sie nicht gebraucht werden. Dass sie niemand haben will, niemand da ist, der ihnen eine Chance gibt. Was stellen wir eigentlich mit diesen Menschen an? Was zerbricht wohl alles in diesen Jugendlichen und was dürfen wir von diesen Menschen noch erwarten? Es geht nicht um Statistiken, sondern um Menschen.

72 Millionen Menschen müssen ein Leben in Armut führen

Die Armut trifft immer mehr Menschen, erfasst nicht nur die traditionell armutsgefährdete Schichten der Bevölkerung, sie breitet sich in allen Gesellschaftsschichten aus und ist mehrheitlich weiblich. Armut zerstört, erniedrigt, grenzt aus und macht Angst. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Der Reichtum wächst auf dem Rücken einer rasant steigenden Anzahl von Menschen, die in die Armut gedrängt werden.

Wir als soziale Dienstleister wissen, was es für eine Frau bedeutet, keine Ahnung zu haben, wie sie den morgigen Tag finanziell bestreiten soll. Jahrelanges Leben in Armut heißt, ein Leben in Scham und Depression und schlechter werdendem Gesundheitszustand zu führen.

Armut ist vermeidbar, Armut wird produziert

Kinder sind besonders betroffen. Wir sehen, was es für Kinder bedeutet, in Armut aufzuwachsen. Sie spüren den Unterschied zu anderen Kindern, sie erleben Ausgrenzung und dennoch sind sie nicht in der Lage, die Gründe dafür zuzuordnen. Beispielsweise zu Weihnachten leer auszugehen und nichts zu bekommen. Kinder, die in Armut aufwachsen, haben einen kurzen Bildungsweg und bleiben in Armut. Chancengleichheit bleibt eine leere Hülle, denn die Erfahrung zeigt, dass sozialer Aufstieg ohne Bildung nur sehr schwer möglich ist. Armut fällt nicht vom Himmel, Armut wird gemacht.

In Europa leben 70 Millionen pflegebedürftige Menschen

Der Anteil der älteren Menschen in Europa ist so hoch wie nie zuvor und wird weiter ansteigen, insbesondere die Gruppe der Hochbetagten wird in den nächsten zwei Jahrzehnten weiter zunehmen.

Wir erleben als Pflegeorganisation, dass die Finanzierung der Dienste mit der demografischen Entwicklung, den Bedürfnissen und Notwendigkeiten nicht Schritt hält. Gerade in diesem Bereich sehen wir, dass bei den politisch Verantwortlichen Reden und Handeln oftmals nicht zusammenpasst. Die selben PolitikerInnen die am Wochenende propagieren, dass man alte Bäume nicht verpflanzt, und damit die Pflegebedürftigen meinen, setzen am Montag in ihren Büros den Rotstift an um die Budgets für die Pflege zu kürzen oder einzufrieren. Unsere MitarbeiterInnen stellen in der Betreuungs- und Pflegearbeit steigende Altersarmut fest und wissen, dass Menschen in Armut durchschnittlich zwei Jahre früher pflegebedürftig werden. Arme Menschen sterben im Durchschnitt um sieben Jahre früher als Menschen im Wohlstand.

Die Rahmenbedingungen für soziale Arbeit verschlechtern sich

Als soziale Dienstleister erkennen wir genau, wie die Rahmenbedingungen der sozialen Vorsorge, der Prävention, der Vermeidung von sozialen Schiefen, der sozialen Absicherung von Betroffenen und die Finanzierung der Sozialen Arbeit in Europa aussieht und sehen sehr früh Veränderungen. Wir müssen feststellen, dass die meisten Nationalstaaten ihre Sozialleistungen zurückfahren und nicht weiter ausbauen, sich die Rahmenbedingungen für soziale Arbeit verschlechtern trotz der Zunahme von Problemgruppen. Wir leben in einem Europa, das es geschafft hat, eine Wirtschaftsunion zu bilden. Europa hat es auch geschafft, eine politische Union zu entwickeln. Wir

brauchen aber eine Sozialunion, eine Union der sozialen Verantwortung.

Die Europäische Union stellt in ihrem konkreten Handeln den Wettbewerb, die Dienstleistungsfreiheit, die Gewinnmaximierungsoptionen für die Wirtschaft und Unternehmen in den Vordergrund. Von Aktivitäten der Wohlfahrtsstaatlichkeit, von der realen Implementierung sozialer Modelle mit verbindlichem Charakter, frei vom Verdacht, die sozialen Standards hinunterzuschrauben, sind wir weit entfernt. Die Keule der Unfinanzierbarkeit ist schnell ausgepackt, obwohl der Reichtum und die Gewinne aus Wirtschaft, Vermögen und Geldtransaktionen in der EU in einem gigantischen Ausmaß gestiegen sind.

Der Lissabonprozess hat das angestrebte Halbzeitergebnis vollkommen verfehlt und in der ersten Spielhälfte auch eine der drei verbindlichen Kernkompetenzen vom Platz geschickt – das Soziale. Wir wollen ein Europa, in dem das Leben der Menschen in sozialer Sicherheit im Vordergrund steht. Dazu können wir einen Beitrag leisten, denn wir sind gemeinnützig und nicht gewinnorientiert und darin liegt der Unterschied.

Wir fordern eine Europäische Sozialunion

Wenn ich aus dem Leitbild der Volkshilfe in Österreich zitieren darf, ist es unser Ziel, mit unseren Dienstleistungen Menschen ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen und als soziale Bewegung dazu beizutragen, ein gerechteres und vor allem solidarischeres Österreich und Europa für die und mit den Menschen zu erreichen.

Da wir uns aber nicht erwarten können, dass sich ein soziales Europa von selber einstellt, haben wir die

Konferenz „Save our social Europe“ organisiert. Eine Konferenz der sozialen Dienstleister und NGOs Europas, die sich nicht nur zur Professionalität, Qualität und Effizienz bekennen, sondern auch zu ähnlichen Werten, Missionen, Philosophien.

Ausgehend von dieser Konferenz starten wir mit unseren nationalen und internationalen Partnern eine europäische Kampagne. Alle Menschen haben die Möglichkeit, die Forderung nach einer europäischen Sozialunion mit ihrer Unterschrift zu unterstützen, und diese sieben Forderungen darf ich ihnen jetzt präsentieren:

Wir treten ein für soziales Europa

- in dem die Gleichwertigkeit von Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik garantiert ist;
- das die Sozialverträglichkeit aller gesetzlichen Regelungen garantiert;
- in dem die Bürgerinnen und Bürger alle Chancen auf Bildungsförderung und Zugang zu qualitativ guten gesundheitlichen und sozialen Dienstleistungen haben;
- in dem menschenwürdige Arbeit für ein menschenwürdiges Leben gewährleistet ist;
- das frei ist von jeglicher Diskriminierung;
- in dem die Gleichstellung von Männern und Frauen Wirklichkeit ist;
- das international eine Stimme für eine faire Globalisierung ist.

Ich ersuche Sie, unsere europäische Initiative mit Ihrer Unterschrift auf www.soseurope.org zu unterstützen.

Erich Fenninger

Für ein Europa der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit

Grüßworte von Giampiero Alhadeff, dem Generalsekretär von solidar

Solidarische Grüsse von Solidar und seinen Mitgliedern, zehn Millionen Frauen und Männer in Europa, die gemeinsam zigtausende von sozialen Diensten, Pflegediensten und Bildungsdiensten überall in Europa anbieten und zusammen mit über 100 Partnern weltweit gegen Armut und für eine gerechte Globalisierung kämpfen. Solidar und seine Mitglieder arbei-

ten an humanitären Hilfsprojekten und langfristiger Entwicklungsarbeit. Doch all das kann nur fruchten, wenn wir die Wurzeln von Armut und Ungerechtigkeit angehen. Deswegen versucht Solidar politisch aktiv auf die WTO Einfluss zu nehmen und ist im World Social Forum in Porto Allegre, Mumbai oder Bamako präsent. Wir haben verstanden, dass wir unsere Bewegung weiter ausbauen und uns gemeinsam für einen Wechsel einsetzen müssen. Wir haben auch verstanden, dass es nicht reicht, in den Mitgliedstaaten der EU zu agieren. Diese Arbeit ist natürlich wichtig, doch um erfolgreich zu sein, müssen wir auch auf EU Ebene agieren, wo heutzutage viele wichtige Entscheidungen getroffen werden.

Für die von uns, denen es wichtig ist, in welchem Europa wir leben, ist dieser Punkt entscheidend. Das soziale Europa ist seit ein paar Jahren auf dem Rückzug, und wenn wir nicht weiterhin mobilisieren, werden wir bald in einem Europa leben, in dem die Wirtschaft und der Markt Vorrang vor den Menschen hat.

Zivilgesellschaft europaweit mobilisiert

Vor einem Jahr sahen wir uns dieser Gefahr gegenüber. Die SOS Europe Kampagne hat damals die Zivilgesellschaft europaweit mobilisiert und wir konnten gemeinsam die Gefahr bannen. Wir haben vor einem Jahr nicht wie befürchtet alles verloren. Doch wir haben auch noch nicht ganz gewonnen. Wir kämpfen weiter.

Wir müssen laut und deutlich sagen, dass wir ein Europa wollen, das sich für menschenwürdige Arbeit und für ein menschenwürdiges Leben für alle einsetzt. Ein Europa, in dem soziale Absicherung und der Zugang zu qualitativ hochwertigen Diensten der Daseinsvorsorge für alle gesichert ist. Ein Europa, das den Menschen die beste Bildung und das beste Gesundheitssystem bietet, ein Europa, in dem die Gleichstellung von Frauen und Männern Wirklichkeit ist. Ein Europa, in dem Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer, Gewerkschaften und die organisierte Zivilgesellschaft am politischen Prozess teilhaben können. Die europäischen Regierungschefs haben sich

dazu verpflichtet, in Europa eine Entwicklung zu fördern, in der wirtschaftliche und soziale Anliegen sowie der Umweltschutz gleichermaßen berücksichtigt werden. Unsere Staatschefs haben sich damit für eine progressive Agenda ausgesprochen, um den Herausforderungen der Globalisierung und einer alternativen Gesellschaft zu begegnen. Sie wollten Europa auf den Weg des Wachstums führen, ohne dabei die Abkürzung zu nehmen, die die Mehrheit der Menschen sozial marginalisiert und von Bildung, Wohlstand und Gesundheit ausgeschlossen hätte.

Wir müssen sie immer wieder an diese Selbstverpflichtung erinnern – auf nationaler wie auf europäischer Ebene. Wir müssen europäisch agieren und gleichzeitig Wahlen zu Hause gewinnen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass unser Streben nach einem sozialen Europa schwieriger wird, wenn wir wichtige Wahlen verlieren. Heute sind hier hunderte von Euch für ein soziales Europa zusammen gekommen. Wir müssen die Energie in diesem Saal nach draussen und in die ganze EU tragen. Wir müssen tausende unserer Mitmenschen mobilisieren, um weiter gemeinsam für ein Europa zu kämpfen, dessen wichtige Aufgabe das Wohlbefinden unserer Mitmenschen ist.

Giampiero Alhadeff

Für soziale Sicherheit in einer älter werdenden Gesellschaft

Statement von Karl Blecha, dem Präsidenten der European Senior Organisation (ESO)

Die Europäische Union befindet sich in einer tief reichenden Krise. Eine der Ursachen hierfür ist die Uneinigkeit über das Gesellschafts- und Sozialmodell, das in den nächsten Jahren in Europa bestimmend sein soll. Ebenso wie die Uneinigkeit darüber, wie man den Herausforderungen des demografischen Wandels und der Globalisierung entgegentreten kann.

Die Europäische Seniorenorganisation, eine Vereinigung von Pensionisten- und Rentnerverbänden aus 18 europäischen Ländern – fühlt sich als eines der Sprachrohre für mehr als hundert Millionen Seniorinnen und Senioren in Europa. Für Menschen, die ein

aktives "Altwerden-Können" und soziale Sicherheit erwarten. Für Menschen, die die Abschaffung der Diskriminierung, von der sie immer härter betroffen werden, heftig fordern. Für Menschen, die eine grundrechtlich garantierte Alterssicherung in ganz Europa verlangen, weil die Alterssicherung immer mehr in Frage gestellt ist. Und die auch einen besseren Zugang zu Wissen und Weiterbildung einfordern ebenso wie ein Gesundheitssystem, das Gesundheitsleistungen, medizinische Leistungen, Pflegedienste unabhängig von Alter und Geldbörse ermöglicht.

Der Anteil der heute über 65-Jährigen beträgt in Europa 16,3 Prozent; aber schon 2050 wird er bei 29,9 Prozent sein. Und nur ein soziales Europa, das jetzt auf der Tagesordnung steht, kann die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten dieser älter werdenden europäischen Gesellschaft garantieren.

Sozialabbau in Europa

Wir von der Europäischen Seniorenorganisation haben daher die Einladung unserer Freunde von der

Volkshilfe Österreich und vom europäischen Netzwerk solidar mit großer Freude und Begeisterung aufgenommen und wir werden unseren Beitrag leisten, damit bei dieser großen Konferenz „Save Our Social Europe“ sehr bemerkenswerte Ergebnisse zustande kommen. Denn es sind ja die sozialen Werte wie Solidarität und soziale Gerechtigkeit, die die einzige Alternative zur fortschreitenden Entsolidarisierung in Europa sind. Die Alternative zu einer, wie wir merken, geistigen Verarmung, einer moralischen Versteppung, die zunimmt in diesem Europa des Sozialabbaus. Und das Ganze wird noch verstärkt durch eine ideologische Obdachlosigkeit, in die die meisten hineingeraten sind.

- In der Europäischen Union denkt man an wirtschaftliche Erfordernisse und vergisst, dass die Wirtschaft für den Menschen da zu sein hat.
- In der Europäischen Union spricht man immer mehr von der privaten Vorsorge und vergisst solidarische Sicherungssysteme.
- In der Europäischen Union werden die Tendenzen stärker, den modernen Sozialstaat durch den alten Fürsorgestaat zu ersetzen, der nur mehr da sein sollte, um in äußerster sozialer Not einzuspringen und ein Existenzminimum zu sichern.

Ungleiche Verteilung der Wohlstandsgewinne

Der Sozialabbau ist überall im Gange, und einer der Gründe, der immer wieder angeführt werden, ist die „Vergreisung“. Da wird die „demografische Keule“ geschwungen, um den Sozialstaat zu zerschlagen. Und da sagen die einen, das ist doch logisch, ihr werdet immer älter, da müssen die Renten gekürzt, da müssen die medizinischen Leistungen eingeschränkt werden.

Und wir dagegen sagen: Nein, die europäischen Länder werden, etwa durch höhere Produktivität, doch immer reicher und es ist nicht die Altersfrage, die den Sozialstaat umbringt, in keiner Weise, es ist die ungleiche Verteilung der Wohlstandsgewinne. Dort muss der Hebel angesetzt werden!

Die zweite Begründung ist das Sparmotiv. Wir hören es ja auch bei uns in Österreich immer wieder: Sozialleistungen müssen eingespart werden, wir müssen Steuererleichterungen bei den Unternehmensgewinnen schaffen bis hin zur Gruppenbesteuerung. Wir müssen eine ganze Reihe von Begünstigungen hier schaffen, weil nur das Wirtschaftswachstum schafft und neue Jobs ermöglicht. Die Wirklichkeit sieht genau anders aus! Nirgendwo in Europa hat der Sozialabbau die Wirtschaft angekurbelt. Er hat das

Wachstum gebremst! Nirgendwo in Europa wurden dadurch neue, bessere Jobs geschaffen, sondern die Arbeitslosigkeit ist erhöht worden. Und in einer solchen Zeit ist der aktive Kampf um ein soziales Europa wichtiger denn je. Wir verlangen, dass die europäischen Staaten sich ihrer Verantwortung für soziale Dienste für ihre BürgerInnen, für Gesundheitsvorsorge, für die Alterssicherung nicht entziehen sondern im Gegensatz überall bereit sind, den Generationenvertrag entsprechend abzustützen.

Weitere Finanzierungsquellen erschließen

Und da meinen wir auch dass in einer Zeit der sinkenden Lohnquoten und der steigenden Unternehmensgewinne nicht länger in durch Umlagen finanzierten Sozialsystemen Löhne und Gehälter die einzige Bemessungsgrundlage für Sozialabgaben sein dürfen. Wir müssen die Wertschöpfung einbeziehen und auch jene nicht produktiven Einkommen, wie sie sich aus Verpachtung, Vermietung und anderen gewinnorientierten Quellen erschließen. Dies ist auch eine der Antworten auf die immer wiederkehrende Frage der Finanzierung.

Unser soziales Europa hat menschenwürdige Arbeit für ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten. Es hat zu garantieren, dass Wirtschafts- und Sozialpolitik gleichwertig sind und nicht die Wirtschaft an der ersten und das Soziale an der letzten Stelle steht. Und es hat auch zu garantieren, dass qualitativ hochwertige soziale Dienstleistungen in Europa selbstverständlich sind.

Generationsübergreifende Solidarität erforderlich

Das sind die Themen dieser Konferenz, bei der wir aktiv mitarbeiten wollen in allen Panels vertreten sind, auch durch unsere ReferentInnen. Einer Konferenz, die sich einer generationsübergreifenden Solidarität, die niemanden ausgrenzt, verpflichtet fühlt.

So hoffen wir, unsere Beiträge hier leisten zu können, für ein neues soziales Europa, das wir dem gegenüberstellen können, was heute Europa ausmacht. Wir wollen nicht ein Europa, in dem wenige immer reicher und reicher werden, sondern ein Europa, das Wohlstand für alle schafft. Und wir wollen ein Europa, in dem Solidarität als Gebot der Stunde voll anerkannt ist, ein Europa, das auch in Zukunft garantiert, dass es mehr Menschlichkeit gibt.

Karl Blecha

Für ein Europa der Menschen und nicht der Konzerne

Wiens Gesundheits- und Sozialstadträtin Renate Brauner begrüßte die KonferenzteilnehmerInnen und übermittelte eine Grußbotschaft des Wiener Bürgermeisters Michael Häupl.

„Save Our Social Europe“ – der Titel der Konferenz könnte nicht besser und treffender gewählt sein. Die hohen sozialen Standards Europas, für die uns die ganze Welt beneidet, sind in Gefahr. Sie zu verteidigen, sie auszubauen, ist das Gebot der Stunde. Neoliberale Politik hat in Europa leider bereits sehr negative Auswirkungen für die Menschen. Diese Auswirkungen sind unübersehbar: massiver Sozialabbau, Lohndumping, hohe Arbeitslosigkeit. Wir haben es schon gehört, die Europäische Union zählt mittlerweile 32 Millionen Arbeitslose. (...) Es ist sehr wichtig, auf dieses Problem hinzuweisen, den Finger in die Wunde zu legen. Das hat nichts damit zu tun, dass wir EU-feindlich wären. Ganz im Gegenteil. Unsere Kritik gilt nicht der Europäischen Idee, unsere Kritik gilt neoliberaler und menschenfeindlicher Politik in der Europäischen Union.

Weil wir für Europa sind, sind wir gegen eine Ellbogengesellschaft und für ein soziales Europa. Weil wir für Europa sind, sind wir gegen Lohndumping und für Beschäftigung. Weil wir für Europa sind, sind wir gegen Sozialabbau und für hohe Sozialstandards. Weil wir für Europa sind, kritisieren wir Privatisierungen im Gesundheitsbereich und sind für Spitzenmedizin für alle. Zusammengefasst: Wir sind für ein Europa der Menschen und nicht für ein Europa der Konzerne.

Nicht ein abstraktes Brüssel, das irgendwo über Europa schwebt, muss Lösungen finden, sondern unsere Forderungen richten sich ganz konkret an die Regierungen der europäischen Mitgliedstaaten. Damit natürlich auch an die österreichische Bundesregierung – gerade jetzt im Zuge der Ratspräsidentschaft. Es sind die Regierungschefs, es sind die zuständigen Minister und Ministerinnen, die das soziale Europa erarbeiten und retten müssen.

Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen bedeutsam

Dabei ist die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und ganz besonders auch mit Nichtregierungsor-

ganisationen (...) von großer Wichtigkeit. Diese Organisationen, die NGOs, müssen Partner der Regierungen sein. Denn sie kennen die Sorgen und die Ängste der Menschen sehr gut. Sie sind nahe bei den Menschen, sie arbeiten mit den Menschen und können so maßgebliche Impulse geben. Sie sind die Experten und Expertinnen, die einfach gehört werden müssen.

In Wien setzen wir auf diese Partnerschaft. Die Sozialstadt Wien sorgt gemeinsam mit den sozialen Dienstleistern für ein dicht geknüpfted soziales Netz. Wir arbeiten dafür, dass jeder und jede in Wien genau jene Hilfe und Unterstützung bekommt, die er oder sie braucht. Wir schnüren maßgeschneiderte, individuelle Angebote für spezielle Zielgruppen wie z.B. spezielle Wohnungsloseneinrichtungen für Frauen oder auch ganz speziell für Familien. Dabei folgen wir dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“. Das heißt: Wir wollen die Menschen, wenn sie es brauchen, unterstützen und ihnen die notwendige Hilfe und Kraft geben, wieder ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben führen zu können. Insgesamt fließen in Wien 3,5 Milliarden Euro in den Bereich Gesundheit und Soziales. Jeder dritte Euro, der von dem Budget der Stadt Wien ausgegeben wird, wird für Gesundheit und Soziales ausgegeben und jeder Cent davon (...) ist gut investiert. (...) Wir sind stolz auf diese Arbeit und wir sind stolz auf unsere Stadt – auf Wien, eine Stadt mit einer großen Geschichte, mit einer großen Tradition. Wien ist bekannt als die Stadt der Kultur (...), aber Wien ist vor allem auch eine Stadt mit einer großen sozialpolitischen Tradition. Das rote Wien als Synonym für eine soziale Kommunalpolitik ist Tradition. Das rote Wien ist Verpflichtung und das rote Wien ist erfreulicherweise Gegenwart.

Ziel, alle Menschen in Arbeit zu bringen

Wir sind sehr stolz auf dieses soziale Wien, aber natürlich kann sich eine Stadt alleine gegen neoliberale Strömungen auf nationaler und europäischer Ebene nicht zur Wehr setzen. Wir in der Kommunalpolitik müssen feststellen, dass aufgrund verfehlter Arbeitsmarktpolitik und Kürzungen im Sozialbereich auch in unserer Stadt die Arbeitslosigkeit steigt und dass die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in den vergangenen Jahren gestiegen ist. Diesen dramatischen Entwicklungen versuchen wir auf kommunaler Ebene soweit als möglich gegenzusteuern. Unser Ziel ist, alle Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Hier unterscheiden wir uns auch von anderen, die der Meinung sind, ein wenig Unterstützung reicht. Nein, wir wollen, dass alle Menschen wieder Arbeit bekommen können. Arbeit ist mehr als Geld

verdienen. Arbeit ist Selbstbestimmung. Arbeit ist Selbstwertgefühl. Arbeit sind soziale Kontakte. Arbeit heißt Unabhängigkeit.

Eine Europäische Union (...), die wirklich lebt, eine Europäische Identität, mit der sich die Menschen wirklich identifizieren, eine Europäische Union, die ein

wirkliches gemeinsames Europa darstellt, muss den Menschen Hoffnung geben, muss Antwort geben auf die dringendsten Bedürfnisse: und das sind Beschäftigung und soziale Sicherheit. Wir sind alle aufgefordert, dafür einzutreten. (...)

Renate Brauner

Kurswechsel für ein soziales Europa

Statement von Alfred Gusenbauer, dem Bundesvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Österreichs

Der Beginn des Jahres 2006 markiert für unser Land eine große Herausforderung. Österreich hat gerade zum zweiten Mal den Vorsitz in der EU übernommen – in einer Phase, in der sich die Europäische Union mit einer Reihe von schwerwiegenden Herausforderungen und Problemen konfrontiert sieht.

Wie groß die Probleme sind, wie ernst die Krise ist, wie groß vor allem die soziale Schiefelage ist, in der sich die EU zur Zeit befindet, zeigen folgende Fakten: 20 Millionen Arbeitslose, 32 Millionen Arbeitssuchende in der Europäischen Union, ein niedriges bis stagnierendes Wirtschaftswachstum (mit in einigen Ländern sogar rezessiven Tendenzen), wachsende Armut, ein immer stärkeres Auseinanderklaffen der Einkommensschere, wachsende soziale Ungleichheiten und die damit verbundenen sozialen Spannungen, ein überhasteter Erweiterungsprozess und ein Mangel an politischer Vision.

Deutlicher als beim elitären, aber völlig inhaltsleeren EU-Treffen in Salzburg wurde dieser Mangel an Perspektive kaum demonstriert. Bei dieser als „Sound of Europe“ bezeichneten Konferenz sollten grundlegende Fragen der Zukunft Europas diskutiert werden. Wie unterschiedlich die Betrachtungsweisen der Ergebnisse dabei sind, zeigen folgende Einschätzungen. EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso hat sich vom Verlauf des dreitägigen Kongresses „Sound of Europe“ in Salzburg geradezu begeistert gezeigt. *„Wir haben in dieser Phase der Krise für die EU eine wunderbare Gruppen- und Musiktherapie erfahren dürfen.“*

Nun ja: Wir sind nicht nur im Mozart-, sondern auch im Sigmund Freud-Jahr. Die Frustration, wie uns

Freud gelehrt hat, kommt von enttäuschten Erwartungen. Erwartungen – wenn nicht sogar Versprechungen, die den Bürgern bei solchen Konferenzen immer wieder gemacht werden, die dann aber nicht eintreten. Dies passiert bislang zu häufig in der Europäischen Union.

Eine weniger psychologische, sondern wohl eher realistische Einschätzung als Kommissionspräsident Barroso lieferte der Theatermacher und Schauspielchef der Salzburger Festspiele, Martin Kusej, am Ende der Veranstaltung: *„Ich sitze hier als EU-Bürger. Mir war, bei allem Respekt, ein bisschen fad.“*

Nur: Für „Fadesse“ sollte meiner Einschätzung aber kein Euro und auch keine Zeit mehr aufgewendet werden – dafür sind die Probleme zu drängend und zu groß. Schlimmer noch: Offenbar setzt die Regierung darauf, dass Europa nur besser erklärt werden muss. Schlüssel gegenüber dem österreichischen Monatsmagazin „Trend“: *„Ich finde: Europa funktioniert gar nicht so schlecht. Wir haben zwar keine Verfassung, aber einen Vertrag. Wir haben keine Finanzvorschau 2007 bis 2013, aber ein relativ taugliches Budget ... Aber Europa heißt: immer wieder erklären, erklären, erklären.“*

Helmut Schmidt, dem man wohl schwer den Vorwurf machen kann, antieuropäisch zu sein, hat in einem Beitrag für die deutsche Zeitung „Die Zeit“ gesagt: *„Die Volksabstimmungen in Frankreich und Holland haben meine Sorge bestätigt, vor allem haben sie eine europaweite Ratlosigkeit ausgelöst. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, ob sie nun den Ratifikationsprozess fortsetzen oder ob sie ihn abbrechen wollen, stehen ziemlich ratlos vor den Trümmern ihrer seit dem Maastrichter Vertrag eifrig betriebenen Bastelarbeit, ihrer visionären Entwürfe und Wolkenkuckucksheime und ihrer bodenlosen Erweiterungspolitik.“*

Nur ein wirtschaftlich starkes, sozial sicheres, politisch geeintes Europa kann Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung geben und den Menschen eine Perspektive bieten. Davon ist aller-

dings die EU von heute leider meilenweit entfernt. Die Europäische Union, mit der wir uns heute konfrontiert sehen, sieht in vielerlei Hinsicht ganz anders aus, als wie wir sie uns einst vorgestellt haben und an der wir tatkräftig mitgearbeitet haben.

Wir streben das europäische Sozialmodell an – dies soll ein Herzstück der EU sein, das es gilt weiterzuentwickeln. In den 90er Jahren bestand Konsens, dass Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union Hand in Hand gehen müssten. Die Perspektive eines sozialen Europas hatte viele prominente Verfechter, allen voran den damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors oder den ehemaligen österreichischen Bundeskanzler Franz Vranitzky: Für beide (und viele weitere) gab es damals zwischen hoher wirtschaftlicher Effizienz und einem starken Sozialstaat keinen Widerspruch.

Für das Fortschreiten der wirtschaftlichen Integration definierte Delors u.a. folgende Bedingungen, er sagte: *„Erstens: Die Maßnahmen zur Realisierung des großen Binnenmarktes dürfen das in den Mitgliedstaaten bestehende Niveau der sozialen Sicherheit nicht verringern. Zweitens: Der Binnenmarkt muss so gestaltet sein, dass er allen Bürgern der Gemeinschaft zugute kommt. Deshalb müssen nicht nur die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnempfänger verbessert werden, sondern auch der Schutz ihrer Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz.“* Vergleichen wir den Zustand der heutigen Europäischen Union mit diesen Ansprüchen, die Jacques Delors seinerzeit formuliert hat, wird man feststellen, welch tiefe Kluft zwischen den sozialen Ansprüchen, die es einmal gegeben hat, und der sozialen Realität der Europäischen Union besteht.

Bundeskanzler Schüssel hat seiner EU-Ratspräsidentschaft den Aufruf zur „Abschlankung des Sozialstaats“ vorangestellt. In einem Interview mit dem „Trend“ meinte er auf die Frage, was Europa unternehmen müsse, um seinen Lebensstandard halten zu können, Folgendes: *„In einigen Bereichen, etwa im Bereich des Sozialstaats, müssen wir nachjustieren. Da muss es eine gewisse Abschlankung und eine größere Treffsicherheit geben. Viele Länder haben das schon gemacht, auch wir haben das hinter uns.“* Im Gegensatz zu Schüssels Auffassung beweisen insbesondere die nordischen Mitgliedstaaten der EU, dass die Bewältigung des wirtschaftlichen Wandels und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit nicht zum Abbau des Sozialstaates führen müssen.

Im „Weißbuch“ der Regierung wird sogar das bisherige Ziel, das europäische Sozialmodell abzusichern,

durch das unverbindliche Ziel, das „europäische Lebensmodell“ abzusichern, ersetzt. Von der Perspektive, die EU zu einer „Sozialunion“ weiterzuentwickeln, ist keine Rede mehr. Das Weißbuch der Bundesregierung zeigt deutlich: Ein grundlegender Kurswechsel der Politik der EU wird nicht angestrebt. Es stellt sich daher die berechtigte Frage, wie ernst das Ziel, das Vertrauen der Bürger in das europäische Projekt neu zu festigen, gemeint ist.

Ähnlich zynisch hat auch Außenministerin Plassnik in einem Kommentar gemeint: *„Man sollte von Europa nicht verlangen, was Europa so nicht leisten kann“* und meinte damit: „Sichere Arbeitsplätze und ein Mehr an sozialer Sicherheit“. Die EU-Staaten bräuchten nach wie vor einschneidende Maßnahmen. Welche Schlussfolgerung angesichts der derzeitigen Situation in Europa kann man aus diesen Äußerungen ziehen? Wohl nur, dass das Ziel eines sozialen Europa längst aufgegeben wurde. Aber: Wer glaubt, ein Europa ohne soziale Dimension kreieren zu können, der ist auf dem Holzweg und stellt die europäische Integration in Frage.

Vor dem Hintergrund dieser Gesinnung ist es natürlich nach wie vor bedrohlich, wenn unter österreichischer Ratspräsidentschaft eine Dienstleistungsrichtlinie beschlossen werden soll, die, wenn sie falsch gemacht wird, unzähligen Klein- und Mittelbetrieben die Existenzgrundlage entziehen kann – obwohl diese das Rückgrad der europäischen Wirtschaft bilden – und die dazu führen kann, dass die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt. Nein, sehr geehrte Damen und Herren, mit einem neoliberalen Weg ist die Zukunft Europas nicht zu machen. Und wer glaubt, ein Europa ohne die Menschen machen zu können, der irrt sich gewaltig. Die EU braucht einen Kurswechsel hin zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Die EU braucht eine Schwerpunktsetzung in Richtung Forschung und Entwicklung, in Wachstumsförderung, in Infrastruktur und eine stärker koordinierte Steuerpolitik. Sowohl die EU als auch Österreich brauchen die Hinwendung zu einer stärkeren sozialen Orientierung. Die EU und Österreich müssen einen sozialen Kurswechsel vollziehen.

Wieso hat zum Beispiel Bundeskanzler Schüssel zuletzt auf dem Treffen mit der EU-Kommission in Wien keine Antwort gegeben auf eine der dringendsten Fragen des Kontinents, nämlich die Frage der Arbeitslosigkeit und was dagegen getan werden kann? Wieso ist es zum Beispiel die deutsche Bundeskanzlerin – und nicht EU-Ratspräsident Schüssel – die vorschlägt, eine Erklärung der EU zur sozialen Dimension

zu verabschieden, um den Verfassungsprozess wieder in Gang zu bringen?

Und daher möchte ich auch ein paar Messlatten nennen, die für mich für ein „Soziales Europa“ relevant sind:

- Gelingt es, die soziale Schieflage in der EU zu korrigieren oder zumindest erkennbare Fortschritte zu machen?
- Gelingt es, wirksame Maßnahmen gegen eine Politik des Steuerdumpings in der EU zu ergreifen, um zu verhindern, dass die Finanzierung der Systeme sozialer Sicherheit untergraben wird?
- Gelingt es, Konsens darüber herzustellen, dass es auch im Arbeitsleben faire europäische Standards geben muss? Das würde u.a. bedeuten, dass die Bundesregierung von ihrer bisherigen Position zur Dienstleistungsrichtlinie abrückt und anstatt des Herkunftslandprinzips das Bestimmungslandprinzip prägen soll.
- Gelingt es, einen Pakt zur Absicherung der Leistungen der Daseinsvorsorge zu schließen?

- Gelingt es, eine Mehrheit in der EU dafür herzustellen, dass die politische Konsolidierung der EU Vorrang hat vor künftigen Erweiterungen?

Ich möchte zum Abschluss nochmals betonen, dass ich überzeugt davon bin, dass es in einer globalisierten Welt keine Alternative zur europäischen Integration gibt. Daher müssen wir unserer Forderung nach einem grundsätzlichen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und nach einer Phase der politischen und sozialen Konsolidierung der EU mehr Nachdruck verleihen.

Die Entwicklung in Europa zeigt, dass die Menschen den neoliberalen Kurs, den die EU eingeschlagen hat, ablehnen und dass die Menschen in Europa auf ein Europa hoffen, das stärker, solidarischer, fortschrittlicher und demokratischer ist. So gesehen ist die Vision eines sozialen Europas sehr wohl eine pragmatische Vision. Ich wünsche den VeranstalterInnen und den InitiatorInnen der Kampagne SOS „Save Our Social Europe“ mit ihrer Kampagne alles Gute und viel Erfolg.

Alfred Gusenbauer



oben links: Alfred Gusenbauer, Bundesparteivorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs

unten links: Erich Fenninger, Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe Österreich

unten rechts: Karl Blecha, Präsident der European Senior Organisation (ESO)



Die Bedeutung der kulturellen und sozialen Dimension für die europäische Identität

Beitrag von Anne-Marie Sigmund, der Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Es ist für mich eine besondere Ehre und Freude, einen Beitrag zum Auftakt dieser wichtigen Konferenz leisten zu dürfen. Ich bin den Veranstaltern, also der Volkshilfe Österreich und Solidar, sehr dankbar dafür, dass sie mich gebeten haben, über die kulturelle und die soziale Dimension der europäischen Identität zu sprechen. Denn natürlich wollen wir alle ein soziales Europa und natürlich sorgen wir uns alle – übrigens völlig zu recht –, dass Wettbewerb, Gewinnmaximierung und schrankenlose Liberalisierung der Märkte in erster Linie das politische Handeln bestimmen und den sozialen Aspekt in den Hintergrund drängen. Ich glaube aber, dass wir uns im Rahmen unserer berechtigten Forderung nach dem „Schutz unseres sozialen Europa“ auch darüber unterhalten sollten, was dieses Europa ausmacht, was Europa zusammenhält. Und damit stellt sich unweigerlich die Frage nach der europäischen Identität. Diese Diskussion wurde und wird ja, sehr zu meinem Bedauern, in erster Linie sehr akademisch und vor allem unter Ausschluss jener, die diese Debatte in erster Linie betrifft, nämlich der Bürger Europas, geführt.

Um es daher gleich zu Beginn meiner Ausführungen auf den Punkt zu bringen: Aus meiner Sicht ist es die Kultur, welche die Basis des europäischen Zusammenhalts ist. Diese Feststellung gilt aber nur, wenn wir uns alle zu einem erweiterten Kulturbegriff bekennen, der über die landläufige Meinung hinausgeht, Kultur sei in erster Linie Kunst, Kulturerbe und Brauchtum. Kultur ist aber weit mehr: Kultur umfasst auch Bildung, Erziehung, Forschung, also eigentlich alles, was unser gemeinsames Handeln, Denken und Fühlen, also unseren Alltag, ausmacht. So gesehen ist Kultur geprägt von unserer gemeinsamen Vergangenheit, bestimmt unsere Gegenwart und beeinflusst unsere gemeinsame Zukunft. Es gibt unzählige Definitionen von Kultur; mir gefällt die am besten, die von einem Orientierungssystem von gemeinsamen Werten und Zielen spricht, das für alle Mitglieder einer Gemeinschaft in gleicher Weise gilt. Einigen wir uns auf einen solchen erweiterten Kulturbegriff, sehen wir, dass Kultur soziale Realitäten schafft und Teilnahme

an Kultur ein geeignetes Mittel gegen soziale Ausgrenzung und für soziale Integration ist.

In diesem Sinn haben die Bereiche der europäischen Kultur im weiteren Sinn und damit speziell auch die Wertorientierungen und das Soziale schon immer meine besondere Aufmerksamkeit gehabt. Sie sind für mich der Stoff ‚par excellence‘, der eine pluralistische und demokratische Gesellschaft zusammen hält, ihre Identität stiftet und ihre Zukunft bestimmt. Und daher habe ich auch die kulturelle Dimension Europas als „Leitmotiv“ ins Zentrum meiner Mandatsperiode als Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses gestellt.

Wir dürfen die ohnehin trügerische Hoffnung nicht zulassen, durch Aufgabe unserer besonderen europäischen Kultur und durch Anpassung an unsere globalen Konkurrenten Wettbewerbsvorteile zu erhaschen. Im Gegenteil: Nur eine bewusstere Wahrnehmung unserer geteilten Grundsätze und Werte, wie eben in erster Linie Rechtsstaatlichkeit, Subsidiarität, soziale Grundrechte, Nachhaltigkeit und Solidarität, bringt uns weiter. Nur so können wir auf der Basis unserer kulturellen Gemeinsamkeiten die eigene Identität und damit Handlungsfähigkeit stärken und damit als Europäer an Profil in der Weltgemeinschaft gewinnen.

* * * * *

Viel wird derzeit in der Europäischen Union über Unzulänglichkeiten, Probleme, Rückschläge und den Vertrauensschwund beim europäischen Integrationsprozess diskutiert und nachgedacht. Das geschieht gleichermaßen auf der institutionellen Ebene der Union wie auch in den 25 Mitgliedstaaten. Nach der großen Erweiterung um zehn neue Mitglieder und den ablehnenden Referenden zum Entwurf des Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden steht das europäische Stimmungsbarometer nicht gerade auf Hoch. Es wird von existentieller Krise der EU, von der Notwendigkeit der Besinnung und vom entscheidenden Wendepunkt gesprochen. Reorientierungen von Politiken werden angemahnt, neue strategische Konzepte angepriesen. Aktionismus ist auf allen Ebenen angesagt. Der europäische Bürger reagiert nicht nur skeptisch, sondern zunehmend sogar ablehnend auf diese Krisendebatte. Warum ist das so? Meiner Ansicht nach gibt es dafür sehr gute und keineswegs überraschende Gründe. Der europäische Grundsatzdiskurs und die europäische Politik haben sich nämlich nach der durchaus verständlichen Wahrnehmung des Bürgers entscheidend von seinen Realitäten, von seinen Bedürfnissen, Sorgen und Hoffnungen entfernt.

Die Vorgänge in Brüssel werden als abgehoben, intellektuell, technokratisch und keineswegs bürgernah empfunden. Und die Regierungen der Mitgliedstaaten tragen ihren Teil zu dem negativen Gefühl bei, indem sie „Brüssel“ für vieles verantwortlich machen, was in Europa negativ läuft, schwer zu verkaufen ist oder für die Bürger belastend sein könnte. Dass dies höchst scheinheilig ist, das wissen wir, die wir europäisch arbeiten, sehr wohl. Weil nämlich die politisch Verantwortlichen es unterlassen, dem Bürger zwei Dinge zu sagen:

- 1) dass vieles, was von Brüssel eingemahnt wird, wie zum Beispiel konkrete beschäftigungspolitische Maßnahmen, gar nicht in Brüssel beschlossen werden kann, weil die Kompetenz dazu in den Mitgliedstaaten liegt;
- 2) dass jene Dinge, die in Gemeinschaftskompetenz liegen, in letzter Instanz von den Vertretern der nationalen Regierungen im Rat entschieden werden! Brüssel ist also nichts anderes als der *Ort* der Entscheidungen, die *Träger* der Entscheidungen sind und bleiben die nationalen Vertreter der Mitgliedstaaten! Aber solche unpopuläre Informationen bringen eben keine Wählerstimmen und werden daher unterlassen!

Dem europäischen Bürger ist diese politische und bürokratische Komplexität des europäischen Konstrukts weitgehend fremd und wahrscheinlich auch egal. Was den Bürger wirklich interessiert, sind konkrete Grundelemente seiner persönlichen Zukunft und der seiner Kinder und Enkel.

Der Bürger erhofft sich von Europa dauerhaft den versprochenen Raum des friedlichen Zusammenlebens, des Rechts, der Freiheit und der Sicherheit. Er erwartet auch gleichermaßen für sich und seine Kinder Wohlstand, Wohlergehen und Lebensqualität, verbunden mit Gleichberechtigung, Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und der Zuversicht, individuell und gemeinsam vertrauensvoll die Zukunft planen zu können. Allerdings hat derzeit die Mehrzahl unserer Zeitgenossen den Eindruck, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, sie nicht gefragt werden und schon gar nicht mitbestimmen können. Partizipative Demokratie und ziviler Dialog erscheinen den meisten als leere Schlagwörter weltfremder Eurokraten.

Dieses öffentliche Meinungsbild führt zu einer Kombination von für Europa fatalen Konsequenzen: dramatischer Vertrauensverlust, passiver Widerstand und schließlich Abkehr vom Projekt der europäischen Integration. Damit wächst die Gefahr, dass das über

Jahrhunderte durch intensiven Austausch von Wissen, Erfahrungen, Gütern und Menschen – aber auch durch Wettstreit und Konfrontation – aufgebaute unterschwellige kollektive Bewusstsein des Europäischen dauerhaft erodiert wird.

* * * * *

Ist das nun nur Schwarzmalerei oder wie groß ist diese Gefahr nun wirklich? Ich meine, wir sind mit der Integration Europas tatsächlich an einem Scheidepunkt angelangt. Es ist Zeit und notwendig, die Weichen grundsätzlich neu zu stellen. Das ursprüngliche Friedensprojekt Europa war mit dem Motor der wirtschaftlichen Integration und der Schaffung gemeinsamer verbindlicher Entscheidungsprozesse außerordentlich erfolgreich. Alle Mitgliedstaaten und ihre Bürger haben davon und vom zunehmenden Wohlstand erheblich profitiert. Doch die Zeiten haben sich geändert: Das Handeln im Markt wird verstärkt von aggressiverem Konkurrenzdenken bestimmt, Egoismen und nationale Interessen kommen prononcierter zum Ausdruck, zentrifugale Kräfte verstärken sich. Dies hat deutliche Auswirkungen auf die Politik, sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene. Ein konkretes Beispiel: Ich sehe die Lissabon-Strategie, die als echte Vision eines europäischen Gesellschaftsmodells entworfen wurde, als tragendes Element einer europäischen Identität. Erneut schärft ein genauer Blick auf die enttäuschende Umsetzung und letztlich die Denaturierung der „Lissabon-Strategie“, wie kritisch die Lage wirklich ist.

Europa wird allerorten als die facettenreichste Weltregion begriffen und anerkannt: Nirgendwo auf der Welt gibt es auf vergleichsweise so engem Raum eine derartige Vielfalt an kulturellen Strömungen, an Sprachen, Traditionen und Strukturen. Unser hohes soziales Niveau wird ebenso bewundert wie die Tatsache, dass Europa tief verankerte nationale Konflikte und das Erbe schwerster kriegerischer Auseinandersetzungen in kurzer Zeit überwunden hat, um ein bisher historisch einzigartiges Konstrukt transnationaler ökonomischer und politischer Zusammenarbeit mit verbindlichen Regeln zu schaffen: die Europäische Union.

* * * * *

In einer Zeit des rasanten gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und damit strukturellen Wandels stellt sich natürlich die Frage, was denn Europa in all seiner Vielfältigkeit in Zukunft zusammen halten wird. Da kommt es eben nicht von ungefähr, dass der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel

Barroso, im November 2004 erklärt hat: „Die kulturelle Dimension ist eine grundlegende Komponente der Konstruktion Europas und eine Bedingung ihres Erfolgs“. Ich bin mit dem Kommissionspräsidenten in der Ansicht völlig einig, dass wir nur mit mehr Besinnung auf unsere Kultur, die ihre Einzigartigkeit aus ihrer Vielfalt ableitet, ein nachhaltiges Europa schaffen können.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen, möchte ich nochmals betonen, dass ich mit Kultur selbstverständlich nicht nur die schönen Künste und den gängigen Kulturbetrieb sowie mancherlei andere angenehme und nützliche Aspekte unserer Zivilisation meine. Nein, ich spreche von dem höchst differenzierten und komplexen Zusammenspiel gesellschaftlicher Errungenschaften, wie es sich insbesondere in unseren Grundwerten und Einstellungen sowie in gemeinsamen Überzeugungen und Zielen niederschlägt. Im Konkreten heißt das auch: Wie ist unsere Sicht unserer Rolle in der Gesellschaft, wie begreifen wir den Anderen und wie gehen wir mit ihm um? Aber auch, wie ist unser Verhältnis zur natürlichen Umwelt und ihren Ressourcen? Aus diesen beiden Beziehungsgeflechten, nämlich aus unserem Umgang mit dem Anderen und unserem Verhältnis zur Natur, ergibt sich über ethische Normen im Übrigen auch die Orientierung und Qualität unseres wirtschaftlichen Handelns. Nicht zuletzt heißt Kultur auch, wie orientieren wir unsere Wissenschaft und Forschung und wie gehen wir mit ihren Ergebnissen um.

Wie schon erwähnt, hat die soziale Dimension der Kultur in der europäischen Gesellschaft eine grundlegende Bedeutung. Die Weise der Wahrnehmung, der Achtung, der Förderung und des Schutzes des Mitmenschen beruht selbstverständlich auf den fundamentalen Werten unserer Gesellschaft, insbesondere den Grundsätzen der Gleichheit, der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Solidarität. Daraus ergeben sich für uns ethische Prinzipien und Verpflichtungen, wie etwa die Grundsätze der Gleichbehandlung, der Chancengleichheit, der Nichtdiskriminierung und des sozialen Schutzes – um nur einige zu nennen.

Diese Elemente sind der Kitt, der die europäische Gesellschaft zusammen hält – sie sind unverzichtbarer Teil des gesellschaftlichen Selbstverständnisses, der Qualität des Gemeinwesens. Der Bürger weiß und schätzt dies. Und unterschätzen wir ihn nicht! Er ist, durchaus auch im eigenen Interesse, zu den notwendigen persönlichen Leistungen oder auch zu individuellen Einschränkungen bereit, die für die Erhaltung

des sozialen Systems im Rahmen ihm glaubhaft erklärter Solidarität gefordert sind. Soziale Gerechtigkeit und soziale Kohäsion sind ihm wichtig. Daran dürfte eigentlich kein Zweifel bestehen.

Ebenso wichtig für die europäische Kultur und Identität ist die Vielfalt von Lebensweisen, von Beziehungsformen, wie auch das Zusammenspiel zwischen dem Schaffen und der Inanspruchnahme von materiellen wie immateriellen Gütern in diesem Kulturraum. Das Verbindende sind stets die durch die gemeinsame Geschichte erarbeiteten oder erstrittenen Grundwerte, Grundrechte und Grundüberzeugungen, die der europäischen Gesellschaft eigen sind. Menschen in Europa fühlen und handeln zuvorderst dezentral und kleinräumig. Sie haben aber auch einen wachen Sinn für die begründete Notwendigkeit des Übergeordneten. Nicht umsonst hat der Grundsatz der Subsidiarität als Prinzip europäischer politischer Prozesse eine so maßgebliche Bedeutung.

* * * * *

Zwei zentrale Grundsätze bestimmen die Ethik und das Handeln der Europäer ganz besonders und sind tief in ihrem Bewusstsein verankert – nämlich das Streben nach Gleichbehandlung und nach Solidarität. Dies gilt ganz sicher zuvorderst und sehr entscheidend für den Bereich der sozialen Verantwortung, ist aber nicht nur auf Sozialpolitik und Sozialschutz beschränkt. Gleichberechtigung und Gleichbehandlung sowie Solidarität bestimmen unterschiedlichste Lebensrealitäten in der europäischen Gesellschaft.

Schließlich spielen diese beiden Maximen, also Gleichberechtigung und Solidarität, auch noch in der zeitlichen Dimension eine entscheidende Rolle, das heißt im Verhältnis zwischen den Generationen. Eine der wichtigsten Aufgaben unserer heutigen Gesellschaft besteht darin, ihrer Verantwortung für die kommenden Generationen gerecht zu werden. Dies heißt, sie muss deren Recht auf intakte Lebensbedingungen und die gleichberechtigte Möglichkeit zu eigenen Entscheidungen voll respektieren. Nachhaltige Politiken und Praktiken in Bereichen wie dem Sozialen, den öffentlichen Finanzen, der Umwelt, der Arbeit und vielen anderen Domänen sind insbesondere ein Gebot der Solidarität gegenüber denen, die nach uns kommen und denen wir verpflichtet und Rechenschaft schuldig sind.

Lassen Sie mich diese Gedanken wie folgt zusammenfassen: Die von mir genannten konstitutiven Elemente europäischen Zusammenlebens und des miteinander Umgehens sind gewissermaßen die Bausteine der kul-

turelle DNA unserer Gesellschaft und machen unsere Identität aus. Sie kommen aus unterschiedlichen Quellen und reflektieren vielschichtige kollektive Erinnerungen und Erkenntnisse. Nur in ihrer intim verschmolzenen Gesamtheit können sie die Funktionsfähigkeit der europäischen Gesellschaft gewährleisten und diese für die Zukunft fit halten. Wird eine der wichtigen Komponenten dieser kulturellen DNA herausgelöst oder geschwächt, bedeutet dies, einen gravierenden Defekt in der Konstruktion zu provozieren.

Wir dürfen also nicht zulassen, dass wichtige europäische Werte, Ziele, Prioritäten und Verfahren aufgegeben werden und damit substanziell am europäischen Selbstverständnis Abstriche gemacht werden. Und an kühnen Versuchen, einen Sektor einseitig und im Interesse partikularer Interessen zu Lasten anderer vitaler Bereiche über Gebühr zu favorisieren, mangelt es ja nicht. Diese Versuche werden auch dadurch nicht unschuldiger, dass sie unter der Begründung externer Faktoren, wie etwa der Globalisierung, sozusagen „zwingend“ seien. Da muss man nicht nur wachsam sein und solche Versuche anprangern, sondern es gilt, einen gemeinsamen politischen Willen kräftig aufzubauen, der solche Unternehmungen verhindert.

Europa ist sehr wohl in der Lage, aufgrund seiner reichen Erfahrungen, mit seinen Institutionen und den von ihm erprobten Verfahren, innovative Antworten auf neue, vielleicht auch bedrohliche Herausforderungen zu finden, ohne die Grundlagen seiner Identität zu verraten. Allerdings sind Politiker oft wahrlich schwache Garanten von Werten und der „kulturellen Seele“ einer Gesellschaft. Aus den unterschiedlichsten, aber durchaus bekannten Gründen geben sie schnell den mächtigen Interessen oder den Interessen der Mächtigen nach – und seien diese auch noch so kurzfristig gedacht. Deshalb sollten wir uns alle daran erinnern, was uns Jean Jacques Rousseau in seinem „Contrat social“ ins Pflichtenheft geschrieben hat. Nämlich, dass kein gesellschaftliches Zukunftsprojekt und keine Antwort auf eine wichtige Herausforderung an das Gemeinwesen eine wirkliche Chance auf nachhaltige Realisierung hat, wenn es nicht zwischen den Säulen der Gesellschaft verhandelt, einvernehmlich entschieden und von ihnen dann auch aktiv getragen wird. Wie wahr, denn Rousseau meinte mit den Säulen der Gesellschaft den Staat, den Markt und die Bürger. Das heißt also konkret: Wir dürfen niemand aus seiner Verantwortung entlassen und alle müssen miteinander im Gespräch bleiben und ihre Einzelinteressen dem Gemeinwohl unterordnen.

Damit komme ich zu einem letzten und aus meiner Sicht ganz entscheidenden Ausdruck und Motor europäischer Identität: der Zivilgesellschaft, und zwar der organisierten Zivilgesellschaft. Schließlich wird ihr Handeln durch die Grundbedürfnisse und Grundwerte der Menschen bestimmt und orientiert sich am Gemeinwohl. *Ohne intensive Einbeziehung der Akteure der organisierten Zivilgesellschaft auf allen Entscheidungsebenen und ohne permanente Mitwirkung an den politischen und strategischen Prozessen ist die europäische Integration überhaupt nicht mehr denkbar.* Schließlich ist auch „Good Governance“, die der organisierten Zivilgesellschaft eine systematisch partizipative Rolle bei der Formulierung und Umsetzung von Zukunftsstrategien für unsere Gesellschaft einräumt, inzwischen zu einem europäischen Kulturgut geworden, das damit auch Teil unserer Identität ist. Wir wissen um die Bedeutung dieses Bewusstseinsgewinns aus vielen wichtigen Erfahrungen heraus, nicht zuletzt aus den Prozessen, die zum Fall des „Eisernen Vorhangs“ geführt haben.

Meine Damen und Herren, ich habe mich bemüht, Ihnen meine Sicht der Elemente und Voraussetzungen europäischer Identität nahe zu bringen. Ich schulde Ihnen noch den Hinweis, was für mich diese europäische Identität bedeutet. Wie schon erwähnt, gab und gibt es zahllose akademische Diskussionen zu diesem Thema. Aber ich meine, dass es dem Bürger ziemlich egal ist, ob seine Identität eine politische ist oder eine kulturelle (die wissenschaftlichen Meinungen gehen da ja diametral auseinander). Die Bürger Europas wollen sich mit diesem Europa identifizieren können, sich angenommen fühlen und mitgestalten. Sie brauchen ein Gefühl der Zugehörigkeit zu diesem Europa. Das leider politisch sehr missbrauchte Wort des „Heimatgefühls“ muss wieder den ursprünglichen Sinn bekommen. Es nützt gar nichts, wenn wir mit rationalen Argumenten erreichen, dass Europa in den Köpfen unserer Mitmenschen zu existieren beginnt. Wir müssen erreichen, dass Europa auch von den Herzen seiner Bürger angenommen wird! Und das können wir nur erreichen, wenn wir uns auf die kulturellen und sozialen Elemente dieser Identität besinnen. Und: wenn wir klar machen, was wir mit dieser europäischen Identität meinen. Zu groß ist die Versuchung, unter Identität etwas Abgrenzendes zu verstehen, ein „So und nicht anders Sein“. Die europäische Integration ist ein Prozess (das steht schon in den Gründungsverträgen mit dem Hinweis auf die immer enger werdende Gemeinschaft); Kultur ist ein Prozess und kein Zustand und dementsprechend ist auch europäische Identität nichts ab- oder ausgrenzendes, son-

dern, wenn Sie so wollen, ein „Zusatznutzen“, den uns Europa bietet. Wenn wir uns als Europäer bekennen, verlieren wir weder unsere individuelle Identität, noch unsere lokale, regionale oder nationale Identität. Nein, wir bekommen etwas dazu, das alle unsere Identitätsebenen stärkt und bereichert. Teilhard de Chardin hat Identität übrigens sehr treffend formuliert als „Sich gleich bleiben im Wandel“.

Abschließend möchte ich also zusammenfassen: Selbstverständlich ist die europäische Identität kein feststehender Fakt, sie ist nicht in Stein gemeißelt. Nein, sie ist wie die Kultur und als Teil von ihr, ein fortlaufender Prozess auf vielen Ebenen und in vielen Bereichen. Wir sind alle gleichermaßen Objekt und

Subjekt dieses europäischen Identitätsprozesses und haben sowohl eine individuelle wie eine kollektive Verantwortung dafür, wie und in welchem Maße dieser Prozess erfolgreich fortschreitet oder versandet.

Daraus ziehe ich den einfachen Schluss, dass wir uns alle zum „Mitkegeln“, zum aktiven gestalterischen Denken und Handeln, ermuntert fühlen sollten. Die heutige Konferenz ist ein deutliches Zeichen dafür, dass Sie alle dazu entschlossen sind, ihren Anteil an diesem Prozess zu haben und bereit sind, sich für ein soziales Europa zu engagieren. (...)

Anne-Marie Sigmund

Soziale Eingliederung als vorrangige Aufgabe der europäischen Sozialpolitik

Geringfügig gekürzte Fassung der Rede von Maria João Rodrigues, der Präsidentin der Beratungsgruppe für Sozialwissenschaften der Europäischen Kommission

Wir haben uns darauf geeinigt, eine breite Debatte über Europa in Gang zu bringen, und ich denke, wir müssen deutlich unterstreichen, dass soziale Eingliederung ein fundamentaler Motor der europäischen Integration ist. Ohne dieses starke Engagement für soziale Eingliederung kann die europäische Integration einfach nicht gelingen. Aber das heißt auch, dass soziale Eingliederung heute eine neue Bedeutung hat, etwa im Sinne von: „Wir sind zusammen in einer globalisierten Welt und wir wollen zusammenarbeiten für eine bessere Welt.“ Und ich denke, wir sollten wirklich diskutieren, was soziale Eingliederung heute bedeutet. (...)

Ich möchte daran erinnern, dass sich die Europäische Union im Jahre 2000 zu einer Agenda für Entwicklung verpflichtet hat; und zwar für Entwicklung in einem umfassenden Sinn, in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Begonnen hat dieser Prozess in Lissabon, wo ich als Beraterin des damaligen Ministerpräsidenten für die Vorbereitung des Gipfeltreffens verantwortlich war. Es gab damals heftige Auseinandersetzungen, aber ich erinnere mich, dass es uns letztendlich gelang, in die Abschlusserklärung

von Lissabon ein deutliches Engagement für soziale Integration und den Kampf gegen Armut einzubringen und festzuschreiben. Danach (...) setzten wir die so genannte Lissabon-Strategie in Aktionspläne um (z.B. den Aktionsplan für Bildung oder den für Forschung). (...) Die Nationalen Aktionspläne für Soziale Eingliederung waren dabei die ersten, die zum Tragen kamen. Dahinter stand eine sehr kreative, gut organisierte Zivilgesellschaft, und zahlreiche Vertreter und Vertreterinnen sind heute hier. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass es nicht genügt, gute Ideen für Europa zu haben, wir brauchen auch engagierte und kreative Akteure und Akteurinnen.

Ausbalancierung der Lissabon-Strategie

Wir alle haben inzwischen unsere Erfahrungen mit Nationalen Aktionsplänen für Soziale Eingliederung, es gab einige Erfolge, aber auch Probleme, und beide Aspekte sollten diskutiert werden. Ich möchte aber nicht verschweigen, dass 2005, bei der Halbzeitüberprüfung der Lissabon-Agenda, eine sehr ernste Gefahr aufgetaucht ist. Wir wussten, dass es insofern Probleme bei der Umsetzung gab, als diese zu schleppend war, und dass die budgetären Ziele nicht erreicht werden konnten. So beschlossen wir, bei dieser Halbzeitüberprüfung gewisse Änderungen durchzusetzen.

- Die erste Änderung betrifft die Finanzierungsinstrumente. Um den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu reformieren, versuchten wir, Spielraum für mehr Wachstum, Beschäftigung und soziale Initiativen zu schaffen.
- Zweitens zeigte sich die Notwendigkeit, die Strukturfonds neu auszurichten. Auch aktuell gibt es ja wieder eine Debatte um die Prioritäten für

die Strukturfonds. Eine weitere Herausforderung, die sich im Rahmen der Halbzeitüberprüfung ergab, betraf die Notwendigkeit schlagkräftiger politischer Instrumente für die Implementierung. Daher wurden dann im Rahmen der Lissabon-Strategie nationale Programme zur Anpassung an die Verhältnisse in den einzelnen Ländern vereinbart. Da diese nationalen Programme erst im vergangenen Herbst beschlossen wurden, ist es noch zu früh, die Effektivität dieser Änderungen zu beurteilen. Jedenfalls ist es wichtig, ein Instrument für mehr Beteiligung und Kontrolle zur Hand zu haben. (...)

- Die dritte Änderung während der Halbzeitüberprüfung betraf die politischen Prioritäten. Der Fokus der Lissabon-Strategie sollte auf Wachstum und Beschäftigung gelegt werden. In der Anfang 2005 präsentierten ersten Version wurde das Thema „soziale Eingliederung“ fast völlig vergessen. Das war ein großes Problem. Doch das Positive daran war, (...) dass in ganz Europa eine lebhaftige Debatte unter Beteiligung der wichtigsten Interessengruppen stattfand. Diese politische Diskussion zwischen Jänner und März 2005 war extrem wichtig, um die Lissabon-Strategie wieder ins Lot zu bringen.

Ermöglicht wurde diese Ausbalancierung der Lissabon-Strategie durch zwei Ansätze. Erstens durch die Aufnahme der sozialen Eingliederung in die Richtlinien der Lissabon-Strategie. (...) Und zweitens durch die Einleitung einer Kampagne für sozialen Schutz, soziale Eingliederung und Gesundheit. Heute ist diese Verpflichtung bindend, und ich weiß, dass die von euren Organisationen geführte kreative Kampagne eine Rolle dabei gespielt hat. Ihr könnt sicher sein, dass eure Standpunkte äußerst wichtig waren, weil die Präsidentschaft der Europäischen Union eine demokratisch geführte Debatte in den Beschlüssen des Europäischen Rats berücksichtigen muss (...).

Aktuelle Situation

Ich komme nun zur aktuellen Situation. Wie ich schon gesagt habe, die Chance für eine politische Aktion ist gegeben, aber es hängt wiederum sehr von eurer Kreativität ab. (...) Ihr wisst, dass für die nächste Frühjahrssitzung des Europäischen Rates eine entschlossene Kampagne für sozialen Schutz, soziale Eingliederung und Gesundheit gefragt ist. Dazu sollen nochmals in aller Deutlichkeit einige Prinzipien benannt werden:

Erstens, zu den Zielen der Lissabon-Strategie: Ja, die Lissabon-Strategie verfolgt die Zielsetzung, Europa zu

einem wettbewerbsfähigeren, wissensbasierten Wirtschaftsraum zu machen, aber mit mehr und besseren Arbeitsplätzen, sozialer Kohäsion und hohem Umweltbewusstsein. Das ist das Ziel von Lissabon – diese drei Anliegen müssen drin bleiben. Beim zweiten Prinzip geht es um die systematische Thematisierung der sozialen Eingliederung in jedem Bereich der europäischen Politik, z.B. im Bildungsbereich. Natürlich gibt es heute eine breit angelegte Diskussion um die Zukunft der Universitäten, aber ich möchte unterstreichen, dass Bildung, Ausbildung, Lebenslanges Lernen für alle da ist und alle Menschen bei der Definition ihres beruflichen und sozialen Umfelds unterstützen muss. Es geht also nicht nur um die Modernisierung der Hochschulen, sondern um den Aufbau eines umfassenden und ambitionierten Systems des Lebenslangen Lernens in Europa. Ein anderes Beispiel wäre die Innovationspolitik. Es könnte der Eindruck entstehen, Innovation sei nur etwas für Elite-Unternehmen. Aber das ist überhaupt nicht der Fall. Innovation sollte zwar den führenden Unternehmen zugute kommen, aber auch der Mehrheit von Klein- und Mittelbetrieben (KMU) in ganz Europa, denn sie sind die Grundlage für mehr und bessere Jobs. Und schließlich gehören dazu die Arbeitsmarkt-Servicestellen. Diese müssen natürlich in der Lage sein, Lösungen für alle Bürger und Bürgerinnen in ganz Europa anzubieten. Das Thema soziale Eingliederung muss also zum politischen Mainstream werden.

In meinem letzten Punkt geht es nun darum, wie dieser machtvolle Prozess für sozialen Schutz, soziale Eingliederung und Gesundheit in Gang gesetzt werden kann. Wie ihr wisst, gibt es eine Vorschlagliste für gemeinsame Ziele. Wir müssen darüber diskutieren, ob das wirklich die relevanten Ziele für diesen Prozess sind. Politisch gesehen ist es unerlässlich, starke Nationale Aktionspläne zu haben, die sich auf starke Gemeinschaftsprogramme bzw. auf die Strukturfonds stützen. Nationale Aktionspläne, Gemeinschaftsprogramme und Strukturfonds müssen also miteinander kombiniert werden. Und die Diskussion ist sehr wichtig, um sicher zu gehen, dass diese drei Instrumente auch in die gleiche Richtung wirksam werden. Dafür haben wir noch keine Garantie. Aber diese Instrumente sollten wir in Zukunft anwenden und weiter ausbauen.

Wesentliche Themen für die Zukunft

Ich möchte nun zum Schluss meiner Präsentation einige Schlüsselthemen für die nächste Generation von sozialen Eingliederungsmaßnahmen diskutieren. Wir haben zwar die drei Instrumente, von denen ich ge-

sprochen habe, aber es geht auch um die großen Themen, die der sozialen Eingliederung zugrunde liegen. Ich weiß, dass ihr bereits wertvolle Erfahrungen in der Praxis gesammelt habt, deshalb möchte ich nur einige Stichworte hierzu liefern.

Zuerst einmal scheint es mir völlig unmöglich, eine erfolgreiche Eingliederungspolitik in Europa zu betreiben, wenn *Europa nicht stärker nach außen wirkt*, wenn Europa bei der Gestaltung der globalen Ordnung nicht aktiver wird. Wir leben in einer globalisierten Welt und es ist entscheidend, dass die laufende Runde der WTO-Verhandlungen wirklich die Voraussetzungen für eine Verbesserung der grundlegenden Sozial- und Umweltstandards schafft. Wir brauchen eine Konvergenz – aber nicht nach unten, sondern nach oben! Dafür bedarf es klarer Regeln für das Spiel der internationalen Kräfte, und hier sollte Europa viel aktiver sein als bisher.

Der zweite Punkt ist, dass wir *gemeinsame Standards* brauchen. Wie meine Vorredner schon betont haben, ist die erste Voraussetzung für faire Arbeit, also Zugang zu sozialem Schutz, Bildung und guten öffentlichen Diensten, die Aufstellung und Anwendung von gemeinsamen Standards in der ganzen Welt. Bei der Gelegenheit möchte ich kurz von meinem letzten Besuch in China erzählen. China schaut sehr aufmerksam auf die Erfahrungen, die wir hier in Europa machen. Es wird jetzt sogar ein neuer Fünfjahresplan verabschiedet, in den zum ersten Mal Elemente aus Europa einfließen. Ein Beispiel ist nachhaltige Entwicklung, ein anderes wäre die so genannte 'harmonische Gesellschaft'. Damit meinen die Chinesen die Verbindung von sozialen, ökonomischen und ökologischen Anliegen. Wir müssen diesen Dialog mit China weiter vorantreiben. Uns ist bewusst, dass es große Probleme im Bereich der Menschenrechte gibt. Aber wir müssen sie im Sinne einer Hinwendung zu unseren Standards beeinflussen. Bei meinem letzten Besuch in China habe ich diesbezüglich sehr bedeutende Dinge gehört: Europa fühlt sich einer sehr ehrgeizigen und schwierigen Agenda verpflichtet und es ist klar, wenn Europa dabei scheitert, dann beginnt weltweit ein Wettlauf nach unten. Wenn Europa aber seine Agenda durchziehen kann, dann haben wir die Chance, dass es überall aufwärts geht. Das ist ein weiterer Grund, warum Europa erfolgreich sein sollte. Ist es nicht sonderbar, dass so ein Kommentar ausgerechnet aus China kommt? Wir in Europa tragen also eine gewaltige Verantwortung, nicht nur für uns selbst, sondern für die ganze Welt. Ich erinnere euch also an die Tatsache – von der ich weiß, dass sie euch sehr wohl bewusst ist –, dass es auch eine externe Di-

mension gibt, um die wir uns noch viel mehr kümmern müssen.

Was nun die Vorgänge in der europäischen Arena betrifft, so müssen wir natürlich berücksichtigen, dass Globalisierung auch Umstrukturierung bedeutet. Dieser *Umstrukturierungsprozess* ist nicht aufzuhalten, aber die entscheidende Frage ist: Wie können wir verhindern, dass dabei in Europa netto Arbeitsplätze vernichtet werden. Hier müssen wir aktiv werden. Wir müssen jene Bereiche ausmachen, wo in Europa neue Arbeitsplätze möglich sind. Ich glaube, es gibt wirklich viele Beispiele hierfür im Dienstleistungssektor, in der Produktion und sogar in der Landwirtschaft. (...) Die Möglichkeiten sind vorhanden, aber Europa muss in dieser Hinsicht einen viel dynamischeren Mix aus Wirtschafts- und Industriepolitik, Beschäftigungspolitik und Sozialpolitik finden. Hier liegt noch ein weiter Weg und viel Arbeit vor uns.

Ein drittes Thema ist die *wissensbasierte Ökonomie*, ein neuer wichtiger Faktor der sozialen Eingliederung. Es besteht das Risiko, dass die wissensbasierte Ökonomie zu neuen Formen der sozialen Ungleichheit führen kann. Aber die wissenszentrierte Ökonomie kann auch einmalige Chancen für soziale Eingliederung schaffen. Wir brauchen also – und das wäre dann eine Kurzfassung der Agenda von Lissabon – eine sozial integrierende, wissensbasierte Gesellschaft. (...)

Mein letzter Themenvorschlag für die aktuelle Diskussion betrifft die *Neugestaltung der Sozialpolitik*. Dies ist genau der richtige Moment, um dieses Thema aufzugreifen, weil wir mitten in der Diskussion um die gemeinsamen Ziele des europäischen Prozesses für soziale Eingliederung stecken, und hier tut sich meiner Meinung eine Reihe von neuen, wichtigen Themen auf. Das erste dieser Themen sind die öffentlichen Dienstleistungen. Welche Art von öffentlichen Dienstleistungen brauchen wir (...), um jedem Bürger/jeder Bürgerin ein maßgeschneidertes Service zu garantieren? Das ist eine riesige Herausforderung an die Modernisierung der öffentlichen Dienste.

Das zweite ist die *Nachhaltigkeit*. Wir müssen unsere Sozialsysteme so umbauen, dass bestimmte Leistungen auch für kommende Generationen garantiert sind – auch das ist eine gewaltige Aufgabe. Das letzte Beispiel bezieht sich auf den so genannten *Lebenszyklus-Ansatz*. Bei diesem ebenfalls sehr ambitionierten und schwierigen Ansatz geht es darum, bei Ausgrenzungsproblemen nicht nur zu therapieren, sondern auch vorzubeugen. Wir sollten in unsere Sozialsysteme Sicherheitsnetze einbauen für junge Men-

schen, für Erwachsene in Elternkarenz oder Bildungsurlaub usw., für ältere Menschen, die noch gesund und fit sind – das trifft heute für die Mehrheit zu –, aber auch für alte Menschen, die eine besondere Betreuung benötigen. Das sind vier verschiedene Situationen, für die wir mehr als bisher maßgeschneiderte Sozialmaßnahmen überlegen müssen. Ihr seht, in den verschiedensten Bereichen erwarten euch große Her-

ausforderungen, die eine gründliche Diskussion erfordern, aber auch eure ganze Kreativität, um neue Ideen zu finden. (...)

Maria João Rodrigues

Übersetzung aus dem Englischen: Xaver Remsing
Redaktionelle Bearbeitung: Hansjörg Seckauer

Politik und Gesellschaft in einem sozialen Europa

Gekürzte Fassung des Vortrags von Josef Weidenholzer, Präsident der Volkshilfe Österreich und Vizepräsident von Solidar

Die Welt hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten dramatisch verändert. Die besondere Dramatik dieses Prozesses liegt darin, dass seit grauer Vorzeit bestehende Unterschiede verschwinden, gleichsam eingeebnet werden und sich alles mit einer unheimlichen Geschwindigkeit immer ähnlicher wird. Es gibt nicht mehr vieles, wodurch sich die wirtschaftlich mächtigen und die Richtung der globalen Entwicklung bestimmenden Regionen der Erde, Nordamerika, Europa und Ostasien, unterscheiden.

Die Welt ist ein einziges Einkaufszentrum geworden. Markenartikel sind weltweit zu haben und die Menschen lassen sich von den diversen Brandings verführen. Aus Durst wird Coca Cola, wie das Ivan Illich einmal ausgedrückt hat. Es werden aber nicht nur Gebrauchsgüter gehandelt, sondern auch solche, die man vor gar nicht so langer Zeit noch als öffentliche Güter bezeichnete: also die Versorgung der Menschen mit Energie, kollektive Transportmittel wie Eisenbahnen oder nationale Fluglinien, Postdienste und Telekommunikation, Radio und Fernsehen, Sicherheit – Polizei und Gefängnisse –, Bildung, ja sogar soziale Dienstleistungen. Es gibt kaum einen Bereich menschlicher Existenz, der sich nicht in der Angebotspalette des globalen Supermarktes finden würde und nicht seiner Begehrlichkeit ausgesetzt wäre. Die Verhandlungen über die Liberalisierung der Dienstleistungen im Rahmen der WTO – Stichwort GATS – zeigen das deutlich. Aus Energie wird ENRON, das Bedürfnis, schnell in eine andere Stadt Europas zu gelangen, wird zu Ryanair, das Bedürfnis, im Alter abgesichert zu sein, zu einem Produkt des Allianz Konzerns usw. Es wird nicht mehr lange dauern und man wird

diese einstmals öffentlichen Güter bei Aldi/Hofer oder Eduscho angeboten bekommen.

Die Perspektive, schon bald in einem globalen Supermarkt zu leben, scheint realistisch. Alles deutet darauf hin, dass die letzten Widerstände schwinden und sich diese Entwicklung wie eine gigantische Flutwelle über den Globus verbreitet. Die Nationalstaaten stehen dem Phänomen machtlos gegenüber, die Staatsmänner – sollten sie diese Bezeichnung überhaupt verdienen – wirken, als seien sie gelähmt. Oft beugen sie sich in vorauseilendem Gehorsam den vorgeblich ökonomischen Zwängen, machen sich mit der Beateuerung, Schlimmeres zu verhindern, zum Vorreiter der Entwicklung. Wie das deutsche Beispiel gezeigt hat, ist ihnen der Dank der Nutznießer dieses Prozesses bei den Wahlen keineswegs sicher.

Markt schlägt Staat: Auf diese simple Formel lässt sich die Entwicklung zu Beginn des 21. Jahrhunderts bringen. Die Menschen reagieren zwiespältig auf diesen Sachverhalt. Zunächst genießen sie ihre Stellung als Konsumenten einer bislang ungeahnten Vielfalt von Produkten, aus denen zu wählen einen besonderen Reiz darstellt. Das Angebot ist tatsächlich unermesslich. Die verlockende Figur der Konsumentensouveränität zieht viele in ihren Bann. Auch wenn das Konsumentsein gleichsam zur zweiten Haut geworden ist, fühlen sich viele Zeitgenossen trotzdem nicht wohl in dieser Haut. Sie fühlen instinktiv, dass die allgegenwärtige Ökonomisierung ihres Alltags zu einem Verlust an menschlicher Substanz und zur Aufgabe persönlicher Eigenart führt. Die Gesellschaft scheint zu Ich-AGs zu mutieren, nichts anderes als den eigenen Nutzen maximierend und das Heil im kurzfristigen Erfolg suchend. Die Mitbürger und Mitbürgerinnen sowie die Umwelt geraten so zu vernachlässigbaren Größen. Marktwirtschaft pur eben.

Viele Menschen wollen aber eine Marktwirtschaft mit Adjektiv: eine soziale Marktwirtschaft. In dieser Frage unterscheiden sich übrigens die Kontinente. Vor allem in der Wertigkeit des Sozialen liegt ein solches Unter-

scheidungsmerkmal. Amerika und Europa stehen sich in der Bewertung des Sozialen nach wie vor diametral gegenüber. Um auszumachen, was man unter dem häufig zitierten, in den salbungsvollen Sonntagsreden der europäischen Politiker sich gebetsmühlenartig wiederholenden europäischen Sozialmodell verstehen kann, dazu muss man sich zunächst dieser Differenzen bewusst sein.

Europa und Amerika

Vielleicht macht das ein Zitat von Ayn Rand, einer wichtigen Wegbereiterin des Neoliberalismus, deutlich:

„Amerika beruht nicht auf selbstlosem Dienst am Nächsten, auch nicht auf Selbstaufopferung, Entsaugung oder irgendeiner Form von Altruismus. Das Fundament dieses Landes ist vielmehr das Recht eines jeden Menschen, sein Glück zu verwirklichen. Sein ur-eigenes Glück. Nicht anderer Leute Glück.“¹

Wie unterschiedlich auf beiden Seiten des Atlantiks die Rolle des Individuums gesehen und dessen Verantwortung bewertet wird, zeigen die Ergebnisse der empirischen Meinungsforschung. Demnach glauben US-Amerikaner, dass sie

- a) in einem Land unbegrenzter Möglichkeiten leben,
- b) soziale Klassen nicht existieren und
- c) alle, die arm bleiben, sich dies auch selbst zuzuschreiben haben.

Umgekehrt glauben Europäer gelegentlich, dass es zwar

- a) durchaus Chancen und Möglichkeiten für einen persönlichen Aufstieg gibt, dies aber
- b) sehr stark von der sozialen Herkunft abhängig ist und daher
- c) die Armen häufig Opfer gesellschaftlicher Verhältnisse sind.

Armut gilt in den USA in erster Linie als selbstverschuldet und ist deswegen auch nicht primärer Gegenstand staatlichen Handelns. Der Unterschiedlichkeit der Auffassungen lässt sich vielleicht noch deutlicher aus der Beantwortung der Frage, ob die Armen faul seien, ersehen: 60 Prozent der Amerikaner im Gegensatz zu 26 Prozent der Europäer bejahen dies.²

Die Apologeten des Neoliberalismus gefallen sich gerne darin, Amerika als einzigartiges Vorbild hinzustellen, den vorbehaltlosen Leistungswillen seiner Bürger zu preisen und die Europäer als leistungsunwillig und träge, weil viel zu sehr abgesichert, abzukanzeln. Auch bei der Verfolgung der Lissabon-Ziele, eine langfristige Wachstumstrategie der Europäi-

schen Union, muss Amerika als Vorbild und als Rechtfertigungsgrund für allerlei unpopuläre Maßnahmen erhalten. Es gibt jedoch viele Möglichkeiten, den Erfolg einer Volkswirtschaft zu bemessen. Die folgende Überlegung wird auf Basis des Vergleichs des BIP pro Kopf, also der Summe der im Inland produzierten Güter dividiert durch die Zahl der EinwohnerInnen, angestellt. Diese Kennzahl begünstigt zwar die USA, da sie weder nach dem realen Wert der produzierten Güter fragt, noch die Verteilung zwischen Arm und Reich thematisiert, dennoch lässt sie Amerika in keinem guten Licht dastehen. Das durchschnittliche BIP pro Kopf beträgt in den USA ca. 39.700 US-Dollar, in Österreich ca. 35.800 US-Dollar und in Frankreich knapp 32.900 Dollar. Die US-AmerikanerInnen benötigen dafür im Jahr 1.822 Stunden, die ÖsterreicherInnen 1.550 und die Franzosen 1.431 Stunden.³

Jeremy Rifkin hat uns Europäer unlängst mit seinem Buch „Der Europäische Traum“ darauf hingewiesen, dass dieser Wahrheit ins Auge gesehen werden sollte und niemand sich von der neoliberalen Propaganda blenden lassen sollte. Auf eine plakative Formel gebracht, heisst das nach Rifkin: „Amerikaner leben, um zu arbeiten,“ während „Europäer arbeiten, um zu leben“.⁴ Auch andere Gründe bringen das „Über-Vorbild“ zum Wanken: Die viel gerühmte Leistungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft existiert so nicht, ist auf Pump finanziert: mit hohen Staatsschulden und einem gigantischen Leistungsbilanzdefizit. Zudem ist der Erfolg Amerikas nicht einfach auf die Überlegenheit des Marktes als Steuerungsinstrument zurückzuführen, er erklärt sich gerade dadurch, dass der militärisch-industrielle Komplex ein bedeutender Wirtschaftsfaktor ist. Nirgendwo ist die Wirtschaft so direkt und ursächlich von staatlichen Investitionsentscheidungen abhängig.

Die Armut des Vorbilds Amerika

Amerikas Wohlstand hat einen hohen Preis: die Spaltung des Landes in Arm und Reich. Nirgendwo sonst in einer industrialisierten Gesellschaft sind die sozialen Gegensätze so groß. Armut wird auch nicht versteckt, sie ist für jeden sichtbar. Sie wird zur Schau gestellt, so als wollte man den Menschen ein Zeichen setzen: „Wenn ihr euch nicht anstrengt, dann werdet ihr dort landen.“ Jene, die bei jeder Talk-Show das amerikanische Vorbild preisen und denen der Abbruch des Sozialstaates gar nicht schnell genug vorangehen kann, wie zum Beispiel der deutsche Ökonom Hans-Werner Sinn, drücken das ganz unverhohlen aus: „Der Sozialstaat alter Prägung übt einen verhängnisvollen Anreiz aus, dem Arbeitsmarkt fernzubleiben.“ Der An-

teil der Armen an der Bevölkerung ist in den USA dreimal höher als in Österreich und beträgt über zwölf Prozent. Wenn man bedenkt, dass das für seine Beschäftigungspolitik von den tonangebenden neoliberalen Ökonomen Europas gepriesene Amerika eine Arbeitslosenrate um die sechs Prozent aufweist, dann lässt sich unschwer erkennen, dass selbst Beschäftigung nicht davor schützt, arm zu sein – Working Poor. Die Schere zwischen Arm und Reich in den USA vergrößert sich von Jahr zu Jahr, da die Sozialpolitik bei vielen Wählerinnen und Wählern nicht gut ankommt. Aus einem War on Poverty wurde allmählich ein War on Welfare. Unterstützt von millionenschweren Think Tanks (etwa dem Cato Institute oder der Heritage Foundation) wird massiv gegen jede Form der Sozialversicherung und gegen alle Arten von Sozialprogrammen getrommelt. Diese werden als ineffizient, kostspielig, leistungsfeindlich und paternalistisch, ja Freiheitsberaubend hingestellt.

Als 1994/95 eine republikanische Parlamentsmehrheit mit Newt Gingrich an der Spitze mit einem ultrakonservativen Programm, „Contract on America“, Bill Clinton blockierte und eine radikale Veränderung in Richtung Neoliberalismus forderte, machte sich dieser mit einem opportunistischen Kraftakt zum Exekutor dieser Forderungen und sicherte sich damit seine Wiederwahl. Die Welfare-Reform von 1996 brachte neben vielfältigen Verschärfungen die Abschaffung individuell einklagbarer Ansprüche sowie die Koppelung von Fürsorgeleistung und Arbeitspflicht und bedeutete die radikale Abkehr von den Idealen des New Deal, der unter Franklin D. Roosevelt während der Weltwirtschaftskrise eingeführt wurde. Die Maßnahmen bedeuten eine Erhöhung der Risiken, eine Einschränkung der Chancen und einen gravierenden Verlust sozialer Rechte. Auffallend ist auch die Aufnahme von Zwangsmaßnahmen (workfare) in das sozialpolitische Repertoire.

Vor allem aber die Befristung aller Leistungen auf maximal fünf Jahre im Leben eines Menschen, unabhängig davon, ob Bedürftigkeit vorliegt, bedeutet einen in seiner Tragweite noch nicht wirklich erkannten Einschnitt.⁵ Damit werden erstmals in einer westlichen Demokratie Menschengruppen ostentativ von der Möglichkeit, Wohlfahrt zu empfangen, ausgeschlossen und einem Schicksal jenseits des Sozialstaates überlassen. Häufig endet das dann in einer Kriminalisierung sozial auffälliger Menschen. Die Zahl der Inhaftierten erhöhte sich als Folge dieses kontinuierlichen Sozialabbaus in den USA im Zeitraum von 1975 bis 1995 von 380.000 auf 1,6 Millionen, wobei männliche Schwarze den größten Anteil einnehmen.

Mittlerweile (2004) sind bereits mehr als 2,2 Millionen Menschen in Haft. Die Gesamtkosten der Inhaftierungsmaßnahmen in Staats- und Bundesgefängnissen beliefen sich im Jahr 2000 auf ca. 41 Milliarden Dollar. Demgegenüber stehen 16,6 Milliarden Dollar, welche für Wohlfahrtsprogramme für 8,5 Millionen Menschen verwendet werden. 1995 wurde zum ersten Mal mehr Geld für den Bau von Gefängnissen als für den Bau von Schulen ausgegeben. Welche Bedeutung der Gefängnissektor bereits einnimmt, zeigt das Ergebnis einer Analyse, wonach der hohe Inhaftierungsgrad die Arbeitslosenraten in den USA um zwei Prozent reduziert hat. Auch so lässt sich also Beschäftigungspolitik machen.

Strafe ist eines der Grundelemente des „American way“, den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherzustellen. „Social policy“ wird zur „Penal policy“. Niedrige Ausgaben für Soziales bedingen hohe Ausgaben im Gefängnisystem. Eine Gesellschaft, die Gewalt vermeidet, ist einer solchen vorzuziehen, welche die Inszenierung der Gewalt benötigt, um nicht auseinander zu fallen. Der American way ist aber auch ineffizient. Soziale Ungleichheit ist nicht nur inhuman, sie ist auch kostspielig. Sie verursacht nicht nur ein Ansteigen der Kriminalität, sondern bedeutet auch die Zerstörung sozialen Kapitals und vernichtet Lebenschancen.⁶

In Europa fällt die Mehrheit der Menschen mit Erreichen des Pensionsantrittsalters (noch) nicht automatisch an den Rand der Armutsgrenze. In Europa haben die Menschen im Krankheitsfall (noch) immer das Recht auf gleiche Behandlung, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. In Europa wird im Durchschnitt nur ein Zehntel der Häftlingsquote der USA erreicht. Und dennoch sind unsere Straßen sicherer.

Die Zukunft des europäischen Sozialmodells

Ende Jänner 2006 nutzte die österreichische Präsidentschaft den 250. Geburtstag Wolfgang Amadeus Mozarts für einen PR-Auftritt in Sachen Europa: „Sound of Europe“. Der Präsident der Kommission, José Manuel Barroso, verkündete mit hohlem Pathos seine neueste Erkenntnis, dass das Problem Europas die Arbeitslosigkeit wäre. Der Präsident des Rates, Wolfgang Schäussel, meinte, es wäre falsch, Europa auf ein ökonomisches Projekt zu reduzieren. Zu hinterfragen ist allerdings, wie sich das mit seiner realen Politik verträgt und wieso er dies nicht näher konkretisierte. Wieso ist ihm vor allem nicht die Forderung nach einem sozialen Europa von den Lippen gekommen?

Ein solches wollen die Menschen und eine derartige Vision würde wohl auch der zunehmenden Europa-Skepsis der Bevölkerung entgegenwirken. Sound of Europe ohne Sozialpolitik, das klingt ein wenig dünn. Da fehlt der Klangkörper. Man kann die Symphonie Europa nicht aufführen, wenn man sich auf ein paar Solisten beschränkt. Dazu sind auch andere Töne notwendig. Nicht nur laute, sondern auch sanfte, einfühlbare. Europa, das ist nicht nur Wettbewerb, das ist auch die Sorge um die anderen, Europa erschöpft sich nicht im Appell an die Selbstverantwortlichkeit der Individuen, es bedeutet auch die Förderung eines gesellschaftlichen Verantwortungsgefühls. Seine Bürgerinnen und Bürger sind nicht nur davon angetrieben, sich mit den anderen unentwegt zu messen, sie wissen auch über die Bedeutung von Respekt und Rücksichtnahme. So sehr also bewusst ist, was Europa ausmacht oder ausmachen könnte, wenn es mit anderen Kontinenten verglichen wird, so wenig klar sind auf der anderen Seite dessen Konturen. Wenn wir uns in der weiten Welt aufhalten, dann fühlen wir uns als Europäer, sobald wir aber in Europa sind, dann sind wir wieder Österreicher, Franzosen, Polen, Portugiesen etc.

Es gibt das viel zitierte europäische Sozialmodell, aber nur bei einer Betrachtung des Kontinents von außen. Es ist die soziale Dimension, die Europa (noch immer) trotz der gleichmacherischen Tendenzen des Globalisierungsprozesses unterscheidbar macht. Sobald aber diese Frage aus innereuropäischer Perspektive beantwortet werden soll, dann ist es mit dieser Klarheit schnell vorbei. Zu unterschiedlich sind die einzelnen Systeme ausgestaltet, zu unklar sind die Vorstellungen der Regierenden. Sound of Europe klingt aus dieser Perspektive wie ein miserabel dirigiertes Orchester. Die Töne, die es von sich gibt, sind kakophonisch.

Die Relevanz der europäischen Sozialpolitik wird sich in den nächsten Jahren verstärken. Dafür sorgt schon der Binnenmarkt. Um ihn endgültig zu vollenden, werden immer mehr Bereiche liberalisiert, auch soziale Dienstleistungen.

Zwei Modelle zur Auswahl

Um darüber hinaus Europa sichtbarer zu machen und ihm Glaubwürdigkeit bei seinen Bürgerinnen und Bürgern, die sich immer mehr davon abwenden, zu sichern, dazu braucht es eine soziale Vision. Es ist also nicht nur wichtig, dass es eine europäische Sozialpolitik gibt, sondern vor allem ist bedeutsam, wie diese aussieht. Es stehen zwei Modelle zur Auswahl. Die Entscheidung wird zwischen dem residualen Modell

angelsächsischer, liberaler Prägung und dem universalistischen, sozialdemokratischen Sozialstaatstyp nordischer Prägung fallen. Der residuale Wohlfahrtsstaat verdient eigentlich nur eingeschränkt das Label Wohlfahrtsstaat, da die staatliche Sozialpolitik bloß als Ergänzung marktmäßiger, familiärer oder karitativer Aktivitäten gesehen wird. Sozialpolitik ist hier keine wirklich eigenständige Kategorie, eher schon „ultima ratio“, wenn die Regierenden gar nicht mehr weiterwissen und glauben, einer gewissen gemeinschaftlichen Grundverpflichtung nachkommen zu müssen (Fürsorgeprinzip). Das universalistische Sozialstaatsmodell hat als Zielvorstellung, alle Bürger in sozialer Hinsicht gleich zu behandeln und dabei einen hohen Standard hinsichtlich sozialer Sicherung zu erreichen (Versorgungsprinzip). Der Staat übernimmt in vielen Fällen Aufgaben, die bei den anderen Systemen dem Markt bzw. der Familie oder karitativen Einrichtungen zukommen. Merkmale dieses Typus sind neben der starken Rolle des Staates ein großes Volumen an staatlichen Transferzahlungen und die Priorität der Beschäftigungspolitik für jede Regierung. Zwei Aspekte werden dabei maßgeblich sein:

- a) ob ein Modell die größte Akzeptanz bei den Menschen findet und
- b) ob ein Modell am meisten die Wettbewerbsfähigkeit fördert.

Eine Frage, die sich die selbst erklärten Reformer des Wohlfahrtsstaates kaum stellen, ist die nach der sozialstaatlichen Legitimität. Ihr missionarischer Eifer, die Menschheit von sozialen Lasten und sozialstaatlicher Bevormundung zu befreien, lässt nicht die Erkenntnis zu, dass der Wohlfahrtsstaat vielleicht auch Befürworter in der Bevölkerung hat. Weshalb die Propaganda gegen den Sozialstaat nicht verfährt, weshalb hohe Abgaben die Menschen nicht automatisch zu Gegnern des Systems werden lassen, hängt mit dem Klassencharakter des Wohlfahrtsstaates zusammen. Da die sozialen Leistungen auch den Angehörigen der Mittelklassen zustehen, sind diese nicht von vornherein auf Ablehnung festgelegt. Im residualen System der angelsächsischen Länder ist dies nicht möglich. Hier gilt der Grundsatz: „Poor services for the poor.“ Dieser Zusammenhang ist wesentlich. Eine Reduktion der sozialen Basis von Sozialleistungen – also etwa nach dem Motto: Leistungen nur für die, die es „wirklich brauchen“ – untergräbt die Legitimität des Systems und setzt eine teuflische Spirale in Gang. Das universalistische Prinzip der nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten ist sicherlich am ehesten dazu geeignet, eine breite Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates zu sichern.⁷

Sozialstaat und Wettbewerbsfähigkeit

Häufig wird gegen den Sozialstaat eingewendet, dass er die Wettbewerbsfähigkeit der Nationalstaaten nachhaltig beeinträchtigt. Hohe Sozialabgaben würden die Betriebe dazu zwingen, ihre Produktion ins billigere Ausland zu verlagern. Um dies zu verhindern und um wettbewerbsfähig zu bleiben, wäre man gezwungen, den Sozialstaat rückzubauen. Natürlich sind diese Argumente nicht von der Hand zu weisen. Natürlich spielen Lohnunterschiede eine wichtige Rolle für Investitionsentscheidungen. Das ist aber nur eine Seite des Problems.

Produktionsverlagerungen sind nun einmal ein wesentlicher Aspekt der Globalisierung, sie sind ein wesentliches Druckmittel, die Kosten des Faktors Arbeit zu reduzieren. Dies gelingt aber nur bis zu einem gewissen Grad. Es sind nicht alle Produktionen verlagerbar und eine zu hohe Arbeitslosigkeit und zu niedrige Löhne schädigen die Massenkaukraft und verschlechtern die Wachstumschancen. Derzeit zeigt sich dieses Phänomen. Um die Behauptung der Wettbewerbschädlichkeit des Sozialstaates auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen, sei daher eine andere Vorgehensweise versucht. Wenn diese Theorie richtig ist, dann müssen Staaten mit hohen Sozialausgaben Schwierigkeiten mit ihrer Wettbewerbsposition haben.

Egal, welches Ranking man heranzieht, etwa die Auflistung der reichsten Länder der Erde durch die Weltbank oder den Wettbewerbsindex des World Economic Forum, immer sind die Spitzenpositionen mit zumeist europäischen Staaten besetzt, die gleichzeitig auch die höchsten Sozialausgaben aufweisen.



Professor Josef Weidenholzer

Auch die klassischen Konkurrenten auf den Weltmärkten (mit Ausnahme der USA) – Taiwan, Südkorea und Japan – haben in den letzten Jahren den Anteil ihrer Sozialausgaben teilweise recht deutlich erhöht. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsleistung und sozialer Sicherung ist demnach ein komplexer, der sich nicht durch simplifizierende Zurufe a la „wer weniger für Soziales ausgibt, hat von vornherein eine bessere Wettbewerbsposition“ erklären lässt. So weist etwa der „Growth Competitiveness Index“ des World Economic Forum unter den Top Ten acht Staaten mit einem Anteil von über 25 Prozent Sozialausgaben am BIP aus.

Bei den meisten dieser Hitlisten nehmen die skandinavischen Staaten Spitzenränge ein. Auch die EU-Bürokratie beginnt sich seit einiger Zeit der Vorzüge des nordischen Wegs bewusst zu werden. Vieles spricht dafür, dass Nordeuropa zum Vorbild für die künftige europäische Sozialpolitik werden könnte. Ob dies wirklich auch passiert, ist keineswegs gewiss. Die Vorurteile gewisser Marktfundamentalisten gegenüber gesellschaftlichen Lösungsansätzen scheinen gegenwärtig unüberwindbar. Nach wie vor bestimmen sie den öffentlichen Diskurs, sind akademischer Mainstream und Allgemeingut der die Politik begleitenden Beratungsunternehmen. Manche Unternehmerverbände propagieren mittlerweile ein neues Leitbild für das Verhältnis von wirtschaftlicher Dynamik und sozialer Sicherheit: Flexicurity. Sicherheit als Preis für Flexibilität. Obwohl man bei Geschenken immer misstrauisch sein soll, scheint m.E. die Richtung zu stimmen. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik stehen eben nicht grundsätzlich im Widerspruch. Ganz im Gegenteil: Sie bedingen sich wechselseitig. Exakter formuliert, sie sollten das tun.

Allianz von Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die EU-Kommission hat vor einiger Zeit eine Studie zum Thema „Costs of Non-Social Policy“ in Auftrag gegeben, die eindeutig diese Zusammenhänge unterstreicht und klarmacht, dass die Sozialpolitik insgesamt einen wichtigen Produktivfaktor darstellen kann. Solche Ergebnisse werden aber auch EU-intern ignoriert, beim vorjährigen Frühjahrsgipfel des Rates wären um ein Haar die sozialpolitischen Zielsetzungen aus dem Lissabon-Prozess gestrichen worden. Erst die massiven Proteste der europäischen Zivilgesellschaft und der Sozialpartner konnten dies verhindern. Die Lissabon-Ziele stellen einen guten Rahmen für eine Allianz von Sozial- und Wirtschaftspolitik dar.

Doch der Lissabon-Prozess ist ins Stocken geraten, vor allem deshalb, weil er von den Regierungen nicht

genügend ernst genommen und nur halbherzig betrieben wurde. Die Politik hat gegenüber dem vom neoliberalen Zeitgeist getriebenen Prozess der Vermarktlichung aller Lebensbereiche schon weitgehend kapituliert. Die Botschaft ist dennoch klar: Das Europäische Sozialmodell garantiert Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit, es verhindert die Spaltung der Gesellschaft, indem es soziale Grundrechte sichert und es trägt dazu bei, den Europagedanken bei den Bürgerinnen und Bürgern zu verfestigen. Was die Vision eines friedlichen Europa ohne Krieg und Grenzen für das ausgehende 20. Jahrhundert bedeutete, das könnte die Vision eines europäischen Sozialmodells für das beginnende 21. Jahrhundert sein.

Josef Weidenholzer

Anmerkungen

- 1 Rand 1943, The Fountainhead.
- 2 Rifkin 2004
- 3 OECD 2005, BIP im Jahr 2004 in USD; OECD 2005a, 255 (Daten 2004)
- 4 Rifkin 2004, 407
- 5 Gilbert 2004
- 6 Wacquant 2004, 1998
- 7 Esping-Andersen 1998, 45

Literatur

Esping-Andersen, Gøsta (1998) Die drei Welten des Wohl-

fahrtskapitalismus. Zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, Stephan/Ostner, Ilona (Hg.) Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt am Main/ New York. 19-58.

Illich, Ivan (1970) Aus Durst wird Coca Cola. Hilflöse Entwicklungshilfe. In: Neues Forum. Österreichisches Monatsblatt für kulturelle Freiheit. Wien.

Fourage, Didier (2003) Costs of non-social policy. Towards an economic framework of quality social policies – and the costs of not having them. Report for the Employment and Social Affairs DG.

http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2003/jan/1041848954_de.html (10.1.2005).

Garland, David (2002) The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society. Oxford/ New York.

Gilbert, Neil (2004) Transformation of the Welfare State. The Silent Surrender of Public Responsibility. Oxford/ New York.

Rand, Aye (2000 [1943]) Der Ursprung. Augsburg.

Rifkin, Jeremy (2004) Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht. Frankfurt am Main.

OECD (2005) OECD in Figures – 2005 edition. Statistics on the Member Countries. Paris.

OECD (2005a) OECD Employment Outlook.

http://www.oecd.org/document/1/0,2340,en_2649_20185_34855489_1_1_1_1,00.html (20.01.2006).

Wacquant, Loïc (2004) The Penalization of Poverty and the Rise of Neoliberalism. In: Freytag, Tatjana/ Hawel, Marcus (Hg.) Arbeit und Utopie. Oskar Negt zum 70. Geburtstag. Frankfurt am Main. 125-135.

Zum europäischen Sozialmodell. Gemeinsame Werte, Ziele und Herausforderungen

Kurzfassung des Beitrags von Dirk Jarré, Lehrbeauftragter für Sozialpolitik im internationalen Vergleich am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes-Kepler-Universität Linz

„S.O.S. Europa“, also der laute Ruf nach Rettung der sozialen Seele Europas, ist natürlich ein sehr attraktives Motto für jeden in der Sozialpolitik engagierten Europäer. Gerne möchte ich mit Ihnen heute darüber nachdenken, was denn das „Soziale Europa“ wirklich ausmacht, auf welchen Grundlagen es beruht und welche gesellschaftlichen Ziele es verfolgt. Auch sollten wir uns darüber unterhalten, welches derzeit die wichtigsten Herausforderungen an das sogenannte

„Europäische Sozialmodell“ sind und was wir als Zivilgesellschaft beitragen können und sollten, um seine Qualität und Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Gestatten Sie mir zunächst folgende Anmerkung. Die Diskussion zur Frage des europäischen Sozialmodells, über seine Grundlagen und Charakteristika, ist nicht neu, sondern wird seit gut 15 Jahren mit wachsender Begeisterung geführt. Die immer noch überwiegende Auffassung ist, dass es ein europäisches Sozialmodell überhaupt nicht gibt, sondern dass wir von einem solchen noch sehr weit entfernt sind. Viele argumentieren auch, dass ein europäisches Sozialmodell in Anbetracht der Heterogenität Europas und der unterschiedlichen nationalstaatlichen politischen Systeme mit ihren spezifischen Strukturen und Institutionen gar nicht wünschenswert sein könne.

Zweifellos ist es sinnvoll, die historisch, kulturell und ideologisch gewachsenen Besonderheiten der einzelnen europäischen Staaten auch gerade im Sozialbereich voll anzuerkennen und zu würdigen, denn sie

reflektieren ja ganz bestimmte Bedingungen und gemeinschaftlich erarbeitete Lösungsansätze auf spezifische gesellschaftliche Problemlagen. Aber die Sucht nach Klassifizierung führt tendenziell dazu, das Trennende über Gebühr zu Lasten des Gemeinsamen zu betonen. Das kann für den europäischen Integrationsgedanken gravierende Folgen haben, die sich in Zukunft in verstärkten Blockaden gegen Europa manifestieren mögen. Das sollte aus guten Gründen verhindert werden.

Ich plädiere daher für einen bewussten und politisch motivierten Wechsel bei der Betrachtung und der Beurteilung des sozialen Europa. Dabei müssen die verbindenden Werte und Normen unserer europäischen Gesellschaft, die von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union anerkannten Grundrechte, die gemeinsam getragenen gesellschaftlichen und sozialpolitischen Ziele sowie die ethischen Handlungsgrundlagen im Vordergrund stehen. Im Projekt des Verfassungsvertrags für die Europäische Union, deren integraler Bestandteil ja auch die Charta der Grundrechte ist, kommen diese Elemente recht gut zum Ausdruck.

Letztlich stellt sich für mich die Frage nach einem „Europäischen Sozialmodell“ eigentlich gar nicht wirklich. Ich meine, dass das „Soziale“ in seinen unterschiedlichen Dimensionen ganz einfach konstitutives Element des „europäischen Gesellschaftsmodells“ ist. Ich meine damit zum Beispiel soziale Rechte, die Forderung nach Gleichberechtigung, das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, das Streben nach Chancengleichheit, den Grundsatz der gesellschaftlichen Solidarität, das Ziel der sozialen Kohäsion, den sozialen Dialog in den Arbeitsbeziehungen sowie ein im Prinzip für alle geltendes hohes Niveau von Bildung, Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Sozialschutz. All diese Elemente können von unserer spezifisch europäischen Form des Zusammenlebens nicht getrennt betrachtet werden und machen die Qualität unseres Gemeinwesens aus.

Mir ist es also wichtig, dass wir das Soziale nicht aus dem gesellschaftlichen Gesamtkontext herauslösen oder solches als politische Strategie zulassen. Wenn es wirklich stimmt, dass es zentrale Aufgabe der Politik ist, menschliches Wohlergehen zu fördern, dann müssen die Politiken den Menschen in der Vielfalt seiner Existenzbedingungen, seiner Handlungsfelder, seiner Wertorientierungen und seiner Lebensziele befragen. Dazu gehört ganz selbstverständlich sein wirtschaftliches Handeln, und zwar als Produzierender und Konsumierender, seine Beziehung zu Staat

und Gesellschaft, sein Verhältnis zur natürlichen Umwelt und insbesondere natürlich sein sozialer Schutz.

* * * * *

In einer Sondersitzung im März 2000 in Lissabon hatte sich die Versammlung der Staatschefs der Mitgliedstaaten der EU über ein neues strategisches Ziel der Europäischen Union für die Dekade bis 2010 verständigt, um den Herausforderungen durch Globalisierung und die neue wissensbasierte Ökonomie gerecht zu werden. Da „diese Veränderungen jeden Aspekt des Lebens der Menschen betreffen“, sollten sie, gemäß der damaligen Auffassung des Europäischen Rates, durch die Union „in einer Weise gestaltet werden, die mit den Werten und Überzeugungen zur europäischen Gesellschaft übereinstimmt“. Die sich aus den Möglichkeiten der neuen Situation ergebenden Chancen könnten nur mit einem anspruchsvollen Programm zum Aufbau von Wissens-Infrastrukturen, zur Förderung von Innovation und wirtschaftlichen Reformen sowie zur Modernisierung der Systeme sozialer Wohlfahrt und der Bildung genutzt werden

Aus der sogenannten „Lissabon Strategie“ wird seither gebetsmühlenartig zitiert, es gälte Europa „zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu gestalten, der nachhaltige ökonomische Entwicklung mit mehr und besseren Arbeitsplätzen, einem stärkeren sozialen Zusammenhalt und der Erhaltung einer lebenswerten Umwelt sicherstellt“. Auch wenn diese Strategie auf den ersten Blick wie ein ökonomisches Projekt aussieht, stellt sie in Wahrheit ein ziemlich ausbalanciertes Modell für die Zukunft der europäischen Gesellschaft dar. Dieses basiert auf drei voneinander abhängigen Säulen, nämlich einem verstärkten Wirtschaftswachstum, das zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten generiert, einem größeren sozialen Zusammenhalt und Nachhaltigkeit im Umweltbereich. Jedes dieser Elemente, die einander wechselseitig unterstützen, ist notwendig für den Erfolg der Strategie.

Die „Lissabon-Strategie“ ist also die Vision für ein integriertes Europa, das als Gesamtsystem auf globaler Ebene mit anderen hochentwickelten Gesellschaften erfolgreich wetteifert, indem es langfristig seine soziale, ökonomische und ökologische Kompetenz und Handlungsfähigkeit beweist. Inzwischen hat sich allerdings gezeigt, dass starke politische Kräfte ziemlich einseitig im Sinne einer Agenda mit ökonomischen Prioritäten argumentieren und diese auch durchsetzen. Sie behaupten, nur wirtschaftlicher Erfolg könne über einen „Trickle-down-Effekt“ soziale

Errungenschaften erhalten oder gar zu sozialem Fortschritt führen. Dass es auch genau umgekehrt sein könnte (und sicher auch so ist), nämlich, dass langfristiger wirtschaftlicher Erfolg nur durch massive Förderung der Fähigkeiten der Menschen und durch ausgebaut soziale Sicherungssysteme gewährleistet wird, scheint als Erfahrungsweisheit weitgehend verdrängt.

Die an Europa interessierten Bürger verfolgen diese derzeitig dominante Debatte über die Priorität der Ökonomie mit wachsendem Argwohn. Sie fragen sich völlig berechtigt, wie denn ein alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union umfassender gemeinsamer Markt mit gemeinsamen verbindlichen Wettbewerbsregeln bestehen kann, ohne dass im Gleichklang mit dem Ökonomischen auch das Soziale entsprechend über die Grenzen verbindliche Schutznormen erhält. Dem Bürger ist das Argument suspekt, die sogenannten „Effekte der Globalisierung“ erforderten zwingend privatisierte und liberalisierte Märkte mit deregulierten Arbeitsbeziehungen – und das bei gleichzeitig gefordertem Rückzug des Staates aus weiten Bereichen der Dienstleistungen im allgemeinen Interesse.

Warum nur durch als „Modernisierung“ bezeichnete Einschränkungen in den Sozialsystemen, durch Kosteneinsparungen, durch Abbau von solidarischem Sozialschutz, durch Verringerung von Arbeitsmarktnormen und durch die Forderung erhöhter individueller Flexibilität Wettbewerbsfähigkeit im globalen Kontext zu erreichen sei, erscheint nicht plausibel. Insgesamt ist es nicht einsehbar, warum der „Acquis Social“ unserer europäischen Gesellschaft einer immer nachdrücklicher geforderten ökonomischen Leistungssteigerung zu Lasten der Mehrheit und zum Profit einer kleinen Minderheit geopfert werden sollte.

* * * * *

Jegliche Vision der Gestaltung der Zukunft Europas muss notwendigerweise alle wichtigen Aspekte umfassen, die das Leben der Menschen und die Verfassung der Gesellschaft bestimmen. Die Bereiche Ökologie, Soziales und Ökonomie sind tief in der Kultur unserer Gesellschaft verwurzelt. Sie sind in ihrer Wahrnehmung und in der daraus folgenden langfristigen Orientierung politischer Strategien ein Spiegel der Grundwerte, der Normen und der Zielvorstellungen der Gesellschaft. Sie weisen starke gegenseitige Abhängigkeiten auf, bedingen einander und bestimmen in ihrer Verbindung langfristigen Erfolg oder Versagen eines jeden europäischen gesellschaftlichen Zukunftsprojekts.

Die Anerkennung dieser Triangularität ist daher Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Politik auf allen Ebenen. Sie überwindet eine letztlich für die Gesellschaft destruktive ideologische Eindimensionalität – aber auch die spaltende Bipolarität des „Entweder-oder“, des „schwarz-weiß“-Denkens. Politiken, die dieser Tatsache nicht Rechnung tragen oder diesen Zusammenhang nicht ausreichend deutlich machen können, laufen schnell Gefahr, für ihre Projekte und Strategien das Verständnis und das Vertrauen der Bürger zu verlieren. Sie scheitern dann letztlich an der Verweigerung des Bürgers und am Fehlen der für ihren Erfolg notwendigen breiten Unterstützung.

Es ist somit klar, dass zwischen diesen drei vitalen Bereichen ein hohes Spannungsverhältnis, ja sogar ein intensiver Interessenskonflikt herrschen kann. So sind die Vertreter der gewinnorientierten Wirtschaft nicht notwendigerweise die besten Advokaten des Sozialen und der ökologischen Belange. Das gilt für jeden der drei Bereiche im Verhältnis zu den jeweils beiden anderen. Auf den ersten Blick scheinen sie sich aufgrund ihrer Natur und ihrer Zielsetzung zu widersprechen, zumindest aber in Konkurrenz zu stehen.

Doch ist festzustellen, dass kräftige Investitionen im Bereich des Sozialen – also etwa in Sozialschutz, Gesundheit und Bildung – eine Grundbedingung für langfristigen ökonomischen Erfolg sind. Ein Mangel an Solidarität und sozialer Sicherheit kompromittiert den Wohlstand der Gesellschaft. Vergleichbares gilt letztlich hinsichtlich der Bemühungen um die Erhaltung einer gesunden Umwelt und den sorgsam Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Dass wirtschaftlicher Erfolg wiederum eine Voraussetzung für ein leistungsfähiges Sozialsystem und umweltfreundliche Maßnahmen darstellt, ist Allgemeingut.

Die Auflösung der Spannungsverhältnisse und der Ausgleich der Interessen zwischen den drei Bereichen stellt eine permanente Herausforderung an die Gesellschaft und damit an die Politik dar. Da es sich um keine statischen Bereiche handelt, müssen sie ständig in ihrer Bedeutung und ihren Abhängigkeitsverhältnissen neu bewertet werden. Die richtige Symbiose, das wirkungsvollste Mischverhältnis zwischen Zielen und Handlungskonzepten muss stets wieder gefunden werden. Der Grundsatz der Nachhaltigkeit erweist sich dabei eindeutig als die wichtigste Denk- und Diskussionsanleitung.

Nicht minder wichtig für den Erfolg des Europäischen Gesellschaftsmodells ist die Trinität von Freiheit, Rechten und Verantwortung. Auch hier bedarf es einer wohltarierten Balance. Das Streben nach gren-

zenloser Freiheit beschränkt nicht nur die Freiheit der anderen, sondern untergräbt die Freiheit selbst – und letztlich damit die eigene. Rechte und Verpflichtungen sind die Grundlage von Vertrauen, das nicht nur die Wirtschaft, sondern die Gesellschaft insgesamt für ihr gutes Funktionieren benötigt. Wenn gesellschaftliche Gruppierungen nur nach einem dieser Grundsätze handeln, bedeutet dies „nach mir die Sintflut“ und die Kohäsion einer Gesellschaft geht daran zugrunde.

Letztlich ist noch ein weiteres Dreieck im Europäischen Gesellschafts- und Sozialmodell von entscheidender Bedeutung und das ist das Interessens- und Beziehungsgeflecht zwischen den drei wichtigen gesellschaftlichen Säulen, nämlich dem Staat, den Akteuren des Marktes und der Zivilgesellschaft. Auch hier gilt, dass eine Zukunftsvision für Europa nur dann eine echte Chance der Realisierung und des langfristigen Erfolgs haben kann, wenn alle drei Akteure ein solches Projekt gleichermaßen tragen und sich darin einbringen. Es muss also für alle gleichermaßen attraktiv sein und die Anliegen aller in ausreichende Übereinstimmung bringen. Dass dies meist nur mittels Kompromisse durch Einschränkung eigener Interessen erreicht werden kann, ist ja klar.

Ein wichtiges Charakteristikum des Europäischen Gesellschaftsmodells ist zweifellos seine Bereitschaft und Fähigkeit zum Interessensausgleich, wie er nicht zuletzt in der Errungenschaft des Sozialen Dialogs zum Ausdruck kommt. Jedoch scheint es, dass die heute praktizierten demokratischen Verfahren der Meinungsbildung, der Entscheidungsfindung und der tatsächlichen Umsetzung nicht optimal alle in der Gesellschaft bestehenden Kompetenzen nutzen. Daher liegt insbesondere die stärkere Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft über neue Formen der funktionalen und partizipativen Demokratie im besten Interesse der Weiterentwicklung des Europäischen Gesellschaftsmodells.

Zur Umsetzung der Lissabon-Strategie wurde die „Offene Methode der Koordinierung“ als neues Verfahren eingeführt. Dazu hieß es seitens der EU-Staatschefs:

„Im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip wird nach einem völlig dezentralen Ansatz vorgegangen werden, so dass die Union, die Mitgliedstaaten, die regionalen und lokalen Ebenen sowie die Sozialpartner und die Bürgergesellschaft im Rahmen unterschiedlicher Formen von Partnerschaften aktiv mitwirken. Die Europäische Kommission wird in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Anbietern und Nutzern, wie den Sozialpartnern, den Unternehmen und den nichtstaat-

lichen Organisationen, ein Benchmarking der bewährten Praktiken zur Gestaltung des Wandels erstellen.“

Die Praxis sieht allerdings ganz anders aus. Die Sozialpartner, die Bürgergesellschaft sowie die regionalen und lokalen Ebenen sind noch keineswegs in bemerkenswertem Umfang in unterschiedlichen Formen von Partnerschaften aktiv eingebunden. Wäre diese Absicht wirklich umgesetzt, hätten wir insbesondere in den Sozialpolitiken weit weniger Sorgen. Es bleibt also hier noch viel zu tun.

* * * * *

Es besteht kein Zweifel daran, dass dieses Europäische Gesellschaftsmodell, dessen integraler Teil die soziale Dimension ist, mit enormen Herausforderungen durch technologischen Fortschritt, Migrationsbewegungen, die Globalisierung der Märkte, einer stark alternden Bevölkerung und vielfältigen anderen Veränderungen konfrontiert wird. Die Antwort darauf kann für Europa nur im Grundsatz „Beständigkeit durch Wandel“ liegen. Aktiv gestaltete Anpassung an die neuen Gegebenheiten ist zwingend – jedoch dürfen dabei nicht die Grundwerte, die an der Menschenwürde orientierten Ziele und das soziale Vertrauenskapital der europäischen Gesellschaft darunter leiden oder gar aufgegeben werden.

Lassen Sie mich zum Schluss nochmals aus den Beschlüssen des Europäischen Rates von Lissabon einen bemerkenswerten Satz zitieren, der leider wenig bekannt ist. Wir lesen:

„Die Menschen sind Europas wichtigstes Gut und müssen im Zentrum der Politik der Union stehen. Investitionen in die Menschen und die Entwicklung eines aktiven und dynamischen Wohlfahrtsstaates werden von entscheidender Bedeutung sowohl für die Stellung Europas in der wissensbasierten Wirtschaft als auch dafür sein, sicherzustellen, dass die Herausbildung dieser neuen Wirtschaftsform die schon bestehenden sozialen Probleme Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Armut nicht noch verschärft.“

An diese Weisheit sollten wir immer wieder ganz nachdrücklich die Politiker und die Ökonomen erinnern. Wenn Europa diese Grundüberzeugung konsequent umsetzt, wird es gleichermaßen erfolgreich sein und die Zustimmung seiner Bürger gewinnen.

Dirk Jarré

Wie kämpfen wir in Europa gegen die Armut?

Laut Eurostat sind 72 Millionen Menschen in Europa von Armut bedroht. Welche Strategien gibt es zur Bekämpfung der Armut und wie können sie umgesetzt werden? Darüber diskutierten in Panel 1 Teilnehmer/innen aus Österreich, der Ukraine, Ungarn, den Niederlanden, Belgien und der Schweiz. Geleitet wurde die Diskussion von Giampiero Alhadeff von solidar.

Fintan Farrell vom European Anti Poverty Network (EAPN) sprach zu Beginn drei Aspekte der Definition von Armut an:

1. Es gibt extreme Armut (z.B. Obdachlose). Armut muss aber am Reichtum und somit relativ gemessen werden.
2. Armut soll als strukturelles und nicht als individuelles Versagen angesehen werden. Die Herausforderung ist, den Kampf gegen die Armut als ein strukturelles Problem – „ähnlich wie bei Sklaverei“ – zu behandeln.
3. Armut betrifft alle Menschen. Sie ist ein Thema für die gesamte Gesellschaft und nicht nur eines der armen Menschen. Damit hängt auch die Frage der Diskriminierung zusammen.

Ein großes Problem in der EU ist die Armut unter den arbeitenden Menschen. In der EU gibt es eine bedeutende Strategie der Armutsbekämpfung, die auf den Nationalen Aktionsplänen (NAPs) beruht. Diese Strategie gibt es erst seit fünf Jahren und sie ist nicht sehr klar. Trotzdem war sie ein wichtiger Schritt. Das Thema Arbeit kann nicht den Ministerien und nicht nur der EU überlassen werden. Notwendig seien Sozialstandards, um Gesetze auf europäischer Ebene zu verabschieden.

Berichte aus einzelnen EU- und Nicht-EU-Staaten

In der Folge wurde die Situation in einzelnen europäischen Staaten beleuchtet. Der Niederländer Marius Ernsting betonte, dass in Holland kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt zu verzeichnen ist. Die Zahl der Menschen mit geringem Einkommen steigt. In den letzten Jahren sei die Zahl der Armen von 350.000 auf 600.000 und die der Delogierungen von 4.000 auf 8.000 gestiegen. Studien zur sozialen Aus-

grenzung zufolge leben in den Niederlanden zehn bis zwölf Prozent der Menschen in Armut. Armut sei aber nicht mit sozialer Ausgrenzung gleichzusetzen. Armut verursacht soziale Ausgrenzung, aber arme Menschen sind nicht automatisch ausgegrenzt und umgekehrt. So sind viele alte Menschen nicht arm aber ausgegrenzt. Armut bedeutet nicht nur Fehlen an Geld, sondern auch mangelnde soziale Kontakte. Arbeitslosigkeit und schlechte Ausbildung erhöhen das Armutsrisiko. Eine gute Strategie bei der Armutsbekämpfung wäre, gemischte und kohäsive Gemeinschaften aufzubauen. Der Staat solle dabei als Moderator agieren und die Nichtregierungsorganisationen sollen die Selbsthilfekräfte der Betroffenen stärken. Die Rolle des Staates liege darin, die hochqualitative Bildung bereit zu stellen. Dem Staat komme auch eine tragende Rolle bei der Schaffung guter Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt, die für soziale Entwicklung und Wirtschaft wichtig sind, zu.

Ruedi Winkler vom Schweizer Arbeiterhilfswerk wies darauf hin, dass die Schweiz – obwohl kein EU-Mitglied – dieselben Probleme hat. Es fängt schon bei der Definition der Armut an. Armut ist etwas Relatives, was besonders in der Schweiz gut sichtbar ist. Dort sagen viele ältere Menschen, dass es derzeit im Vergleich zur Nachkriegszeit keine Armen in der Schweiz gäbe. Armut hat nicht nur materielle Aspekte wie Einkommen und Arbeit. Man verliert viel mehr, wenn man arm ist. Armut ist mit Stigmatisierung der Betroffenen verbunden. Eine Besonderheit der Schweiz ist, dass die Sozialhilfe relativ hoch ist und manche Löhne und Gehälter sogar niedriger sind. Es gibt viele Arbeitsplätze mit niedrigen Löhnen. In der Gesellschaft hat Arbeit jedoch einen hohen Stellenwert.

Jenő Üszöghy Bleyer von der European Senior Organisation (ESO) erörterte die Armutssituation in Ungarn, einem Land, wo das regelmäßige Einkommen nicht immer die elementaren menschlichen Bedürfnisse absichern kann. So können beispielsweise viele RentnerInnen die Heizkosten nicht bezahlen. Es gibt beinahe 50.000 Obdachlose in Ungarn. Die Sozialleistungen wurden in Ungarn gekürzt. Besonders stark betrifft das Problem der Armut die Volksgruppe der Roma, weiters Arbeitslose und Familien. Roma stellen fünf Prozent der ungarischen Bevölkerung dar, davon müssen 40 Prozent in Armut leben. Generell sei die Armut in Ungarn höher als in den übrigen EU-Staaten.

Lyudmyla Aliyeva von Narodna Dopomoha ging auf die Armutssituation in der Ukraine ein. In diesem Land leben laut UNO-Angaben ca. 26 Prozent der Bevölkerung (oder ca. 13 Mio. Menschen) in Armut. Seit